

Dritter Abschnitt.

Die Unterwerfung der Pfalz.

Bei seiner unrühmlichen Flucht von Prag hatte Friedrich V. einen ersten Rückhalt in Schlesien gesucht. In Breslau, wo er Halt machte, trat eben der schlesische Fürstentag zusammen; und nach den Anträgen, die nun der flüchtige König am 3. Dezember dieser Versammlung vorbrachte, nach der ersten Antwort, welche die Versammelten erteilten, sah es so aus, als ob der Mut zur Fortführung des Krieges noch ungebrochen sei. Man dachte das schlesische Heereskontingent auf 10 000 Mann zu Fuß und 3000 Reiter zu erhöhen, um die un- verlorenen Lande zu behaupten und die verlorenen wieder zu gewinnen. Allein während man über die für solche Anstalten erforderlichen Steuern beriet, kamen die rasch sich folgenden Nachrichten, daß auch schon Mähren von Buquoy's siegreichen Truppen angegriffen sei, daß die dortigen Stände am 18. Dezember eine Erklärung ausgefertigt hätten, in der sie sich von der böhmischen Konföderation lössagten, Ferdinand als ihren Landesherrn anerkannten und hinsichtlich einer Amnestie und der Bestätigung der Landesrechte nur noch Bitten, keine Bedingungen mehr stellten: eine Erklärung, die denn auch im folgenden Monat dem Kaiser überreicht wurde, worauf dieser, wie nach Böhmen den Fürsten von Liechtenstein, so nach Mähren den Kardinal von Dietrichstein als seinen Statthalter ausandte. Gleich die ersten Nachrichten von dieser neuen Wendung der Dinge, und daneben die fortlaufenden Botschaften von der drohenden Annäherung der kaiserlichen Truppen von Mähren, der sächsischen von der Lausitz her, führten in den Breslauer Verhandlungen eine jähe Wendung herbei. Friedrich V. selber war es, der jetzt am 22. Dezember mit der Erklärung an die Stände herantrat, daß er seine persönliche Sicherheit in weiterer Flucht suchen müsse.

Am folgenden Tag brach der gestürzte König zur Reise nach Berlin auf. Die Schlesier aber sahen jetzt auch keinen anderen Ausweg, als auf eine vom sächsischen Kurfürsten bereits am 6. Dezember gestellte Aufforderung zur Unterwerfung unter den Kaiser einzugehen. Ueber die Bedingungen dieser Unterwerfung eröffneten ihre Gesandten am 26. Januar 1621 eine Verhandlung mit

Johann Georg, welche am 28. Februar zu einem Abkommen führte. Der Kurfürst schloß daselbe als Bevollmächtigter des Kaisers, allerdings mit Bestimmungen, die eben nicht sehr im Sinne seines Auftraggebers waren. Gleich bei den Verhandlungen hörten die Gesandten von den sächsischen Räten die Versicherung: wir haben den gemeinsamen Zweck, die evangelische Religion — diese allerdings mit unerbittlicher Beschränkung auf die Augsburger Konfession — und die Privilegien zu erhalten.¹⁾ Bestätigung der Landesrechte und des Majestätsbriefes, ferner der Erlass der Strafen, nur durch eine noch zu erwähnende Ausnahme eingeschränkt, wurde denn auch in dem endlich getroffenen Abkommen gewährleistet, wogegen die Stände sich der Herrschaft Ferdinands, wie sie dieselbe im Jahr 1617 anerkannt hatten, zu unterwerfen, aus der Prager Konföderation auszutreten und eine Steuer von 300 000 Gulden zu entrichten hatten.

Fünf Tage nach dieser schlesischen Unterwerfung erfolgte eine ähnliche Verständigung mit den Bevollmächtigten der Oberlausitzer Stände, nur mit dem Unterschied, daß den beiden Lausitzen kraft besonderer Verhältnisse noch eine besondere Sicherung ihres Bekenntnisses und ihrer Freiheiten zu teil wurde. Die Landesverwaltung nämlich ergriff hier nicht ein katholischer Vertrauensmann des Kaisers, sondern der sächsische Kurfürst, und zwar zuerst in seiner Eigenschaft als kaiserlicher Kommissar, dann, seit Sommer 1623, als Pfandbesitzer, auf Grund der früheren Abmachung mit Ferdinand II., bis zur Rückzahlung der bei der Unterwerfung der kaiserlichen Rebellen aufgewandten Kosten.

So wurde bis zum Frühjahr 1621 die Rückführung der böhmischen Kronlande unter die österreichische Herrschaft im wesentlichen vollzogen. Leute, denen der Friede über alles ging, meinten jetzt auch ein sehr einfaches Mittel zur Beendigung des Krieges vor sich zu sehen: Friedrich V. brauchte nur auf das ohnehin verlorene Böhmen vollends zu verzichten, und der Kaiser hatte ihm dafür den Besitz seiner Erblande großmütig zu versichern. Allein weder die Politik Ferdinands II., noch auch diejenige Friedrichs V., entsprach so bescheidenen Zielen. Welche weiteren Kämpfe aus dem einmal ausgebrochenen Konflikt hervorgehen sollten, wird sich ergeben, wenn wir den Irrfahrten Friedrichs V. folgen.

In der ersten Zeit von Friedrichs Flucht war die Stimmung seiner leitenden Staatsmänner sehr gedrückt. Am 11. Dezember faßte einer der in Heidelberg zurückgelassenen Räte, Johann von Rusdorf, der seit Ausbruch des böhmischen Aufstandes von seinem Dienst am Hofgericht vielfach zu gesandtschaftlichen Verrichtungen gezogen war und eben jetzt zwei Monate lang im Wormser Lager das planlose Kriegswesen der Union beobachtet hatte, eine Denkschrift ab, mit dem Schluß: Böhmen sei preiszugeben, und Friede zu schließen, selbst unter den härtesten Bedingungen. In denselben Tagen kam derjenige, der sich in der nächsten Umgebung Friedrichs V. als brauchbarster Staatsmann bewährte, Ludwig Camerarius, auf den gleichen Rat: man müsse Frieden machen, „wenn auch unter harten Bedingungen“, damit nur Friedrich V. „bei der Kurpfalz, sowohl in Bezug auf die Kurwürde als die Lande“, erhalten werde.²⁾ Indes,

¹⁾ Palm, Acta publica 1621 S. 78.

²⁾ Schreiben vom 3., 9., 25. Dez. 1621. (Coll. Cam. Nicht stets zutreffende Auszüge bei Söttl III S. 108 fg.)

eine Grenze hatte doch diese, auch vom Kurfürsten geteilte Fügigkeit: man wollte nicht unmittelbar als Bittsteller an den siegreichen Kaiser herantreten und wollte mit der böhmischen Krone nicht zugleich die ins Unglück geratenen Anhänger sowie die bis dahin verfochtenen Prinzipien preisgeben. In diesem Sinne wandte sich Friedrich V. im Januar 1621 an den sächsischen Kurfürsten, damit dieser als Mittelsmann zwischen ihm und dem Kaiser eintrete, machte aber auch sofort bemerklich, daß er Bedingungen für seinen Abstand von Böhmen stellen werde: unter anderem Abstellung der Beschwerden im Reich, Bestätigung der kirchlichen und politischen Freiheiten der böhmischen Kronlande, einschließlich der freien Königswahl, und Erteilung einer allgemeinen Amnestie. Aber das waren Forderungen, auf die auch Johann Georg, so sehr er verhältnismäßig für Nachgiebigkeit des Kaisers war, sich nicht einlassen wollte: es gebe, antwortete er am 21. Januar, nur ein Mittel zum Frieden, daß nämlich Friedrich die Hand von des Kaisers Landen abziehe und, statt Bedingungen zu stellen, um Gnade bitte. Diese scharfe Abweisung machte dem ernstesten Versuch eines Ausgleichs ein rasches Ende. Die Pfälzer faßten den Beschluß, vorläufig wenigstens den Kampf fortzusetzen.

Zum Kampf brauchte man neue Bundesgenossen; und da richteten sich denn die ersten Bemühungen auf die zwischen Krieg und Frieden schwankenden norddeutschen Stände. Die Flucht Friedrichs V. führte ihn zuerst unter den Schutz des Kurfürsten von Brandenburg nach Küstrin, von da nach Wolfenbüttel, weiter nach Segeberg und endlich, im April 1621, nach dem Haag. Jeder dieser Besuche gab Anlaß zu Verhandlungen mit dem Kurfürsten von Brandenburg, dem Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel, dem König Christian IV. von Dänemark und den Generalstaaten. Ernstere Verhandlungen führte gleichzeitig Camerarius auf einer Rundreise zu den Regierungen Kurbrandenburgs, der niedersächsischen Stände und der Unierten (November 1620 bis März 1621). Man kann nicht sagen, daß der gefallene König, indem er sich so anschickte, dem siegreichen Kaiser neue Streitkräfte und neue Feinde entgegenzuwerfen, jetzt endlich einen der Größe seiner Aufgabe entsprechenden Ernst der Arbeit und Schwung der Seele bethätigt hätte. Er nahm die Schläge des Geschicks, sowohl den Verlust seiner Lande, wie den Abfall seiner Anhänger und die Demütigungen, welche dem Obdach und Hülfe Suchenden zu teil wurden, mit einem Gleichmut hin, der an Stumpfheit grenzte. In den aufregendsten Zeiten, als er z. B. im Frühjahr 1622 in Paris erschien, um sich nach gefahrvoller Reise in die wilden Kämpfe um die Pfalz hineinzuwagen, fand er Zeit und Interesse genug, um sich nach guten Kaufgelegenheiten für Glasperlen und Hündchen umzusehen, und ganz in seinem Element war er, wenn er das Elend seiner Flucht unter den Ergötzungen des Wolfenbüttler Hofes, unter kräftigen Mahlzeiten und platten Späßen, vergessen durfte. Eher noch als durch die öffentlichen Angelegenheiten wurde sein Blut durch die zärtliche Hingabe an seine Gemahlin in Wallung gesetzt; aber wenn diese gelegentlich mit ihrem stürmischen Temperament ihn anzustechen versuchte — etwa mit Klagen über lange Trennung oder die Anweisung eines trübseligen Aufenthaltes — so hatte er wieder den gleichmütigen Trost, daß er nach bestem Vermögen für ihre Sicherheit forge und zur Eifersucht keinen Grund gebe.

Bei all dieser inneren Nichtigkeit bewährte indes Friedrich jetzt wie früher einen Vorzug, der für die Stetigkeit seiner Politik entscheidend war. Als er während seines kurzen Königtums einmal den mährischen Ständen eine Ansprache halten sollte, sagte er dieselbe vorher einem vertrauten Räte auf, um zu erproben, ob er sie gut auswendig gelernt habe.¹⁾ Ganz in diesem Sinne fuhr er fort, die politische Rolle, die er zu spielen hatte, sich von Ratgebern und Freunden einprägen zu lassen und gelehrig durchzuführen. Und er fand einige Räte, die die Verbannung mit ihm teilten und seine Geschäfte getreulich weiterführten, vor allen die beiden schon genannten, Camerarius und Rusdorf. Männer von großen Gedanken und mächtigen Leidenschaften waren es nicht; aber sie waren zäh und verschlagen, durchdrungen von dem unausgleichbaren Gegensatz, der die Ziele der pfälzischen Politik von denjenigen des Kaisers und seiner Verbündeten trennte. Auf eigenen Antrieb würden sie vielleicht den Entschluß zu der unerbittlichen Fortführung des Krieges nicht gefaßt haben; aber auf der einen Seite war es der Kaiser, der durch seine harten Bedingungen sie dazu nötigte, auf der andern Seite waren es die protestantischen und anti-österreichischen Mächte, die durch ihr allmählich erfolgendes Eintreten in den Krieg ihnen neuen Mut gaben. Solchen Wechselfällen Rechnung zu tragen, und vor allem auch das Eintreten gleichgesinnter Mächte in den Kampf zu beschleunigen, war die Aufgabe jener pfälzischen Staatsmänner: sie mußten im Werben, Aufreizen und Betteln unermüdet sein.

Den Anfang machten sie, wie angedeutet, in Kurbrandenburg. Hier war Kurfürst Johann Sigismund am 23. Dezember 1619 gestorben, nachdem es ihm kurz vor seinem Tode beschieden war, zu der Erbschaft von Cleve-Mark auch noch, nach dem Absterben Albrecht Friedrichs (18. August 1618), diejenige des Herzogtums Preußen hinzuzufügen. Es folgte ihm sein Sohn Georg Wilhelm, derselbe Fürst, dessen Verlobung mit einer Schwester Friedrichs V. vor beinahe fünfzehn Jahren den Ausgang für eine engere Verbindung zwischen Brandenburg und der Pfalz und zugleich für den Uebertritt des brandenburgischen Fürstenhauses zum reformierten Bekenntnis gebildet hatte (II 203). Als Kurprinz und als Statthalter von Cleve-Mark, hatte Georg Wilhelm jene westlichen Lande durch Anschluß an die protestantischen Generalstaaten und im Gegensatz gegen das Haus Oesterreich und den kaiserlichen Lehensherrn seinem Hause zu sichern gesucht; nahe lag es also, daß er jetzt auch den preussischen Erwerb durch Verbindung mit dem protestantischen Schweden und im Gegensatz gegen das katholische Polen und den polnischen Lehensherrn zu befestigen suchen werde. In der That war eine solche Verbindung mittelst eines Ehebündnisses zwischen Gustav Adolf und Georg Wilhelms Schwester Marie Eleonore vom Landgrafen Moriz im Zusammenhang mit der Absicht einer politischen Vereinigung Schwedens und der unierten Fürsten (II 448) schon im Jahr 1615 befürwortet. Gustav Adolf hatte dann den Plan dem Kurfürsten Johann Sigismund nahe gelegt und war jetzt entschlossen, ihn in förmlicher Werbung zu verfolgen. Gleich hier jedoch zeigte sich's, daß das Lavieren zwischen den Gegensätzen, welches die

¹⁾ Raumer, Histor. Taschenbuch 1853 S. 150—151. Vgl. auch Gindely II S. 308.

brandenburgische Politik in den letzten Jahren bezeichnet hatte, auch unter der neuen Regierung fortgesetzt werden sollte. Wie schon sein Vater, so schwankte auch Georg Wilhelm zwischen dem Verlangen nach dem Anschluß an Schweden und der Furcht vor dem polnischen König, der ihm die Belehnung mit Preußen zu versagen drohte. Aber da ließ Gustav Adolf ihn zum erstenmal die Kraft seines durchgreifenden Willens fühlen. Im Frühjahr und Sommer 1620 machte der König unter falschem Namen einen Ausflug nach Deutschland, von Berlin bis nach Heidelberg; in Berlin rang er persönlich der verwitweten Kurfürstin-Mutter die Zustimmung zu seiner Vermählung mit Marie Eleonore ab; im Herbst erschien darauf sein Kanzler Orenstierna in Deutschland und führte, während Georg Wilhelm die Uebereilung bejammerte, die königliche Braut nach Stockholm, wo denn noch vor Ablauf des Jahres 1620 die Hochzeit gefeiert wurde.

Natürlich war es einstweilen eine Frage der Zukunft, ob die also gestiftete Vereinigung politische Folgen haben werde. Wie weit jedoch in dieser Beziehung die Berechnungen Gustav Adolfs griffen, das erkannte man daran, daß er gleichzeitig noch eine Reihe größerer Verbindungen anstrebte, denen sich die brandenburgische als ein bloßes Glied eingefügt hätte: vor allem auch die Verbindung mit den Unierten und den Böhmen. Um mit der Union die schon im Jahr 1614 angeknüpften Beziehungen weiter zu führen, bediente er sich des in schwedische Dienste aufgenommenen Pfalzgrafen Johann Casimir (II 448), welcher im Jahr 1618 eine zweijährige Reise nach Deutschland unternahm. Um die Aussichten eines böhmisch-schwedischen Bündnisses zu erforschen und je nach den Umständen die Unterhandlung eines solchen anzubahnen, wurde gegen Ende des Jahres 1619 der Hofrat Johann Rutgers an den Hof Friedrichs V. geschickt.

Mitten in all diese Anknüpfungen brach nun die Niederlage bei Prag hinein und nach der Niederlage das Hilfegesuch Friedrichs V. bei Brandenburg. Wie nun, wenn jetzt Kurfürst Georg Wilhelm seine Verbindung mit Gustav Adolf benutzte, um das früher geplante Bündnis desselben mit dem Böhmenkönig zum Abschluß zu führen, selber beizutreten und durch dieses Beispiel die Unierten und andere protestantische Mächte zur Nachfolge anzueifern? Es wäre ein groß gedachter Versuch zur Wiederaufrichtung und Sammlung der protestantischen Streitkräfte gewesen. Aber zum Unglück für Friedrich V. gab es auf die Frage des schwedischen Bündnisses eine Gegenfrage, welche sich auch die Unierten von Anfang an gestellt hatten: wie sich nämlich Leistung und Gegenleistung verhalten werde?

Ein zweijähriger Waffenstillstand, den Gustav Adolf mit Polen geschlossen hatte, lief am 9. Oktober 1620 ab. Wohl wurde nun eine Verhandlung über Frieden oder langjährigen Waffenstillstand geführt, und erst nach dem Scheitern derselben, im Sommer 1621, brach der Krieg von neuem aus; allein dieser Ausbruch war schon Ende 1620 wahrscheinlich, und noch hielt man Polen für stark genug, um die Kräfte Schwedens vollauf zu beschäftigen.¹⁾ Die Folge war,

¹⁾ König Christian IV. zu B. bemerkte dem brandenburgischen Gesandten, daß Polen dem R. Schweden an Macht überlegen sei. (Relation Bellins, 1621 März 23. Berliner St.A. XI, 3. Dänemark 1608—57.)

daß Gustav Adolf bei seinen Bundesplänen mehr den Krieg gegen seinen eignen Feind als gegen die Widersacher der deutschen Fürsten im Auge hatte: Polen, sagte er, ist eben ein Glied in der großen papistischen Verschwörung gegen die Evangelischen, wie es ja auch neuerdings den Kaiser gegen die Böhmen unterstützt hat; indem nun Schweden den Kampf mit dieser Macht auf seinen Teil nimmt, thut es seinen Bundespflichten reichlich genug und hat dafür an seine Verbündeten den Gegenanspruch zu erheben, daß sie ihm Beistand leisten, mindestens in dem Fall, da er mit Ueberwältigung bedroht ist. Das war jedoch eine Rechnung, welche weder der Scheu der Union vor der Verflechtung in fremde Händel, noch dem Bedürfnis des Böhmenkönigs nach unmittelbarer Hülfe mit Geld oder Truppen entsprach. Am wenigsten paßte sie zu der lavierenden Politik, welche in Brandenburg Kurfürst Joachim Sigismund geführt hatte, und die Georg Wilhelm ohne wesentliche Aenderungen aufnahm. Eben damals, als Friedrich V. auf seiner Flucht die Gastfreundschaft des brandenburgischen Kurfürsten in Anspruch nahm, befand dieser selber sich in Preußen, ganz erfüllt von der Sorge, seine Belehnung mit diesem Herzogtum, die sich übrigens doch bis in den Herbst 1621 hinzog, nicht durch eine zu starke Herausforderung des Königs von Polen zu durchkreuzen. Da lag ihm der Entschluß einer kriegerischen Verbindung mit dem schwedischen oder böhmischen König so fern, daß er letzterem selbst die Gastfreundschaft nur widerwillig gewährte. Friedrich V. sah sich also genötigt, von der brandenburgisch-schwedischen Kombination abzusehen und seine Bemühungen weiter nach Westen hin, auf die von der Union bisher vergeblich umworbenen niedersächsischen Stände, zu richten.

Wie hinter Brandenburg die stärkere Macht des Schwedenkönigs stand, so lehnten sich die niedersächsischen Stände auf die noch viel höher geachtete Macht des Königs Christian IV. von Dänemark. Und nahe genug schien es damals zu liegen, daß dieser König mit seinen protestantischen Nachbarn sich zum Widerstand gegen das Wachstum der katholischen Macht im Reich erhöhe. Seit dem Jahr 1617 war er eifrig bemüht, seinen zweiten Sohn Friedrich, der später nach dem Tode eines älteren Bruders sein Nachfolger im Königtum werden sollte, eine fürstliche Versorgung in benachbarten Reichsstiftern, besonders in dem Erzbistum Bremen und dem Bistum Verden zu verschaffen. Der Weg, den er dem Herkommen gemäß einschlug, war, daß er durch Beeinflussung und auch Bestechung der Domkapitel dem Prinzen erst ein Kanonikat, dann die Coadjutorei zu erwerben suchte, wie denn auch die letztere Würde in Verden bereits im Jahre 1618, in Bremen aber erst im Dezember 1621 errungen wurde. Natürlich trat der König hiermit in entschiedenem Gegensatz gegen die Bestrebungen der katholischen Partei im Reich. Aber merkwürdigerweise brachte ihn seine Vergrößerungsjucht in einen nicht minder scharfen Gegensatz gegen seine protestantischen Nachbarn. Schon die natürliche Eifersucht der Kleinen gegen die Großen regte die niedersächsischen Stände gegen das Eindringen der dänischen Herrschaft in ihren Kreis auf; was jedoch im Reich die Hansestädte und außerhalb des Reichs die Generalstaaten noch unmittelbarer zum Widerstand reizte, waren die Handelsinteressen. An den Steigerungen des Sundzolles (II 414) hatte man erfahren, wie drückend die dänische Herrschaft für den Seehandel der

fremden Mächte war. Im Besitz des Erzstiftes Bremen hätte nun Dänemark seine Gewalt, die von Holstein her schon an die rechte Seite der Elbmündungen reichte, von der linken Seite derselben bis hinüber zu den Mündungen der Weser ausgedehnt; und da war denn bei den Generalstaaten wie bei den Hansestädten die Rechnung bald gemacht, daß an den Mündungen beider Ströme dänische Zölle erstehen würden, und daß die Einfuhr nach Deutschland, welche auf dem Rhein durch die Spanier und die Staaten um die Wette ruiniert war,¹⁾ alsdann auch auf Elbe und Weser gestört werden würde. Sie brachten den Bewerbungen um die Bremer Koadjutorei die größte Mißgunst entgegen.

Verstärkt wurde diese Mißstimmung gegen Dänemark noch durch einen anderen Konflikt. Eben in den Jahren 1618 und 1620 hatte, wie schon erzählt (II 470), in dem Streit zwischen Holstein und der Stadt Hamburg über die Reichsstandschaft der letzteren das Kammergericht zwei den Ansprüchen Hamburgs günstige Urteile erlassen. Um hierfür Vergeltung zu üben, ließ der König im Frühjahr 1620 einige Meilen unterhalb Hamburgs unversehens zwei dänische Kriegsschiffe aufstellen, welche Gruf mit Niederlegung von Mast und Segel und Rechenschaft über die Ladung erheischten; als Grund gab er die Absicht an, seine Herrschaft über den Elbstrom, soweit er durch holsteinisches Gebiet gehe, anerkennen zu lassen und zugleich gegen den von Hamburg den Holsteinern und anderen Nachbarn auferlegten Stapelzwang einzuschreiten.²⁾ Die erbitterte Stadt traf bereits Anstalten, Gewalt mit Gewalt abzutreiben, aber am Ende wurde nach zweijährigen Streitigkeiten (18. Juli 1621) ein leidliches Verhältnis dadurch hergestellt, daß Hamburg auf die Ausführung der kammergerichtlichen Urteile, d. h. vor allem auf den Besuch von Reichstagen und Kreistagen, bis zur Erledigung einer vom König eingelegten Revision verzichtete, der König dagegen die Beeinträchtigungen der Stadt einstellte.

Hiernach war das Verhältnis, welches Friedrich V. vorfand, als er am 1. Februar 1621 in der Residenz des Herzogs Friedrich Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel eintraf, dieses: die niedersächsischen Stände zu schwach, um sich ohne Dänemarks Vorgang in die kriegerischen Verwicklungen zu werfen, waren mit dem dänischen König gespannt, und dieser selber war durch seine Sonderinteressen von den allgemeinen Angelegenheiten abgelenkt. Indes ein Vorgang hatte doch anderseits gerade in diesen Kreisen eine Bewegung erzeugt, welche der Gang der Dinge in Böhmen nicht hatte hervorrufen können: das war der Einbruch Spinolas in die Pfalz. Dieser Angriff erschien als ein Beweis, daß es nicht nur auf die Wiedergewinnung Böhmens, sondern auf die Schwächung der Protestanten im Reich abgesehen sei; er rief zugleich den alten Abscheu und die alte Furcht vor der Einmischung der Spanier wach. Und wie darüber die Erregung stieg, fehlte auch die auswärtige Macht nicht, welche sie verstärkte.

Die Generalstaaten befanden sich damals in einer ähnlichen Lage wie Gustav Adolf: wie dessen Waffenstillstand mit Polen im Herbst 1620, so lief ihr Still-

¹⁾ Dies Verhältnis hebt Carleton hervor, 1620 Nov. 18 (Letters S. 500).

²⁾ Dies hebt der König in dem Schreiben an die niedersächsischen Stände hervor, 1620 Juli 8. (Londorp II S. 47.)

stand mit Spanien am 9. April 1621 ab. Bei der durch den Krieg in Deutschland abermals verstärkten Spannung war von vornherein eine Verlängerung des Friedensstandes unwahrscheinlich. Als trotzdem der ruheliebende Erzherzog Albert eine möglichst kurz befristete Erneuerung des Waffenstillstandes in Spanien befürwortete, entschied Philipp III. am 4. Februar, daß als Bedingungen eines kurzen sowohl wie langen Waffenstillstandes zu fordern sei: Freiheit der katholischen Religionsübung, Verzicht der Niederländer auf den ost- und westindischen Verkehr und Eröffnung der Scheldemündungen für die Antwerpener Schifffahrt; mindestens seien von diesen Bedingungen die beiden letzteren festzuhalten.¹⁾ Solche Forderungen stellen und den Krieg erklären, war ein und dasselbe. Im Hinblick auf den unvermeidlichen Krieg folgten denn auch die Staaten dem Beispiel Gustav Adolfs. Auch sie suchten das Gemeingefühl der protestantischen und antispänischen Mächte zu erregen und sie zu kriegerischen Bündnissen, die zugleich den Niederländern Hülfe gewähren sollten, anzuspornen. Und gewiß, ihre Stellung war dabei insofern günstiger wie die des Schwedenkönigs, als sie nicht den König von Polen, mit dem die anderen nichts zu thun hatten, sondern die Spanier, welche schon im Reich gegen die Protestanten kämpften, als gemeinsamen Feind hinstellten. Eben den Hülferuf, welchen Landgraf Moriz und die Union gegen die eingebrochenen Spanier an sie gerichtet hatten, konnten sie benutzen, um eine doppelte Unterhandlung zu beginnen. Einerseits ließen sie am 21. Januar 1621 eine Gesandtschaft an Jakob I. abgehen,²⁾ welche unter Hinweis auf ihre Absicht zum Eintritt in den Krieg gegen Spanien ein englisch-staatliches Defensivbündnis, und zur Rettung der Pfalz einen Angriff Englands gegen die spanischen Niederlande zu betreiben hatte.³⁾ Andererseits machte sich am 10. Dezember 1620 ihr Gesandter, Kaspar von Bösbergen, zum König von Dänemark und den niedersächsischen Ständen auf, um auch diese zur kriegerischen Hülfe für die angegriffene Pfalz und Union aufzumuntern, unter dem Anerbieten kräftiger Mitwirkung der Generalstaaten.

Bei Christian IV. hatten diese Vorstellungen doch so viel Erfolg, daß er sich in den letzten Tagen des Januar 1621⁴⁾ entschloß, einige Fürsten des niedersächsischen Kreises, sowie auch den König von Schweden zu einer Besprechung über die Rettung der Pfalz und die Vertreibung der Spanier nach Segeberg in Holstein einzuladen. Und dieser Tagatzung konnte nun Friedrich V. immerhin mit einiger Hoffnung entgegensehen, als er am Wolfenbütteler Hof Quartier nahm. Er säumte denn auch nicht, sich persönlich zu derselben zu verfügen. Christian IV. selber fand sich am 9. März ein, und aus dem niedersächsischen Kreise erschienen wenigstens die Häupter des welfischen Hauses, Herzog Friedrich Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel und Christian von Lüneburg.⁵⁾ Leicht,

¹⁾ Erz. Albert an Philipp III., 1620 Dez. 28. Philipp III. an Albert, 1621 Febr. 4. (Brüsseler St. A. Secrét. d'Espagne n. 9.)

²⁾ Mizema I S. 12. Vgl. Gardiner IV S. 185 fg. Villermont, Mansfeld I S. 286.

³⁾ Goll, Der Konvent von Segeberg S. 19.

⁴⁾ Mitteilung an Bösbergen am 25. Januar. (Goll S. 20—21.)

⁵⁾ Nach der Relation Bellins (S. 123 Anm.) erschienen weiter der H. Lauenburg (August?) und ein Mitglied des Hauses Holstein-Sonderburg. Entschuldigt hatten sich H. Johann Albrecht

wie es scheint, wurden die Versammelten darüber einig, daß beim Kaiser die Wahrung der pfälzischen Lande im Besitz Friedrichs V. mit voller Entschiedenheit zu beantragen sei, und schon plante man, für den Fall der Abweisung dieses Antrags, das Einschreiten mit einer starken Armee, zu deren Aufstellung Dänemark, England, die Staaten und der niedersächsische Kreis, ferner auch Schweden zusammenwirken sollten.¹⁾ Aber ob das tapfere Projekt zur That werden sollte, machte man vor allem von der Haltung zweier Mächte abhängig: von England und unmittelbar noch von der Union. Die Union sah man bei all diesen Erwägungen als zunächst betroffen an, sie zunächst mußte den Mut zeigen, sich und ihr Haupt gegen die Streitkräfte Spinolas nachdrücklich zu wehren, ehe andere Mächte eingriffen. Und da nun war es verhängnisvoll, daß die Union eben jetzt völlig versagte.

Was der Union den letzten Rest von Mut eben in jenen Tagen benahm, das war die Nechtung des pfälzischen Kurfürsten. Wie erzählt, war diese Maßregel, solange der Kampf in Böhmen noch schwankte, dem Kurfürsten von Sachsen zuliebe aufgeschoben. Sie trat aber sofort in den Vordergrund der Erwägungen, als die Schlacht auf dem Weißen Berg geschlagen war. Die Frage, die sich jetzt erhob, war, ob man mit dem Wiedergewinne Böhmens zufrieden sein oder den Krieg weiter ins Reich tragen sollte. Im Grunde genommen war die Beantwortung dieser Frage dem Kaiser schon vorweg genommen. Zunächst waren es ja die Unierten selber, die an den Zusammenhang erinnert hatten zwischen den Kämpfen in den österreichischen Erblanden und dem Streit, welcher im Reich zwischen katholischen und protestantischen Ständen über die mit ihrem Bekenntnis verbundenen Rechte und Macht, über die Befugnisse des Kaisers, des Reichstags und der Reichsgerichte geführt wurde. Auch in diesem Streit fanden sich Ferdinand auf der Seite der katholischen Stände und Friedrich V. an der Spitze der Union als unveröhnliche Feinde gegenüber. Nichts lag also näher, als daß der Kaiser den Gegner, den er in Böhmen besiegt hatte, nun auch im Reiche heimsuchte, um auch im Reich den großen Streit seiner Entscheidung näher zu führen. Daß denn auch solche Gedanken den Kaiser und seine leitenden Staatsmänner erfüllten, ist nicht zu bezweifeln. Aber neben ihnen gab es andere Interessen, die, weil sie unmittelbarer waren, noch rascher auf dasselbe Ziel, nämlich auf die Fortpflanzung des Kriegsfeuers von Böhmen in das Herz des deutschen Reiches hinein, führten. Diese Interessen wurden vom Herzog von Baiern und von Spanien vertreten.

In gewohnter Weise hatte Herzog Maximilian dafür gesorgt, daß die Ausgaben, die er bei Unterstützung des Kaisers, über die Beiträge der Liga, des Papstes und Spaniens hinaus gemacht hatte und für deren Rückgabe ihm das Herzogtum Oberösterreich verpfändet war, genau gebucht wurden: für die Zeit

von Mecklenburg-Güstrow, die H. Friedrich und Ulrich von Holstein. Nicht geladen waren die Admin. von Bremen und Magdeburg. Friedrich V. wurde zu den „consiliis nicht gezogen“. Der brandenburgische Gesandte selber war wegen einer ganz anderen Angelegenheit (Dänemarks Verwendung für die preussische Belehnung) gekommen. Ebenso wird der H. Johann Ernst von Weimar (Heermann S. 29 fg.) nicht als eigentlicher Teilnehmer anzusehen sein.

¹⁾ Goll S. 23, 27 fg.

bis zum Ausgang des Jahres 1620 rechneten seine Gesandten am kaiserlichen Hof bereits am 4. Februar 1621 eine Schuldsomme von mehr als drei Millionen Gulden heraus,¹⁾ nicht ohne hinzuzufügen, daß dieser Betrag, da der Herzog noch 15000 Mann in Böhmen, in Ober- und Unterösterreich für den Kaiser unterhalte, stetig im Wachsen sei. Eine solche Schuld durch Bezahlung tilgen zu können, durfte der Kaiser bei seinen jämmerlichen Finanzen und der noch jämmerlicheren Verwaltung derselben nicht hoffen. Wie ihm aber andererseits der Gedanke, das Land Oberösterreich dauernd in bairischer Hand zu lassen, unerträglich war, so ließ er sich auf einen anderen Ausweg zur Befriedigung seines strengen Gläubigers führen. Längst hatte er dem Herzog Maximilian die pfälzische Kurwürde zugesagt; warum nun nicht zur Kur noch einen Teil der pfälzischen Lande hinzufügen als Entschädigung für die vom Herzog aufgewandten Kosten? Der Kaiser kam mit diesem Gedanken auf die schon früher geplante Zerstückelung der Kurpfalz zurück; damit aber wurde er auch auf die Vorbedingungen der rechtlichen Zulässigkeit einer solchen Umwälzung zurückgeführt; sie bestand darin, daß man jetzt endlich mit der ebenfalls seit lange geplanten Nechtung Friedrichs V. voringe.

Auf ein ähnliches Vorgehen drängte gleichzeitig mit dem ganzen Gewicht, das er als Vertreter des nächsten Bundesgenossen und mächtigsten Helfers des Kaisers in die Waagschale werfen konnte, der spanische Gesandte Dñate. Dieser Würdenträger, dessen gebieterisches Mitraten in Fragen der kaiserlichen Politik ihn den anderen Gesandten ebenso verhaßt wie den kaiserlichen Räten gelegentlich unbequem machte,²⁾ hatte natürlich seit dem Sieg auf dem Weißen Berg an Selbstbewußtsein noch zugenommen. Vertrauensvoller als je befürwortete er ein entschlossenes Zusammengehen der engverwandten Häuser Oesterreich und Spanien, mit dem Ziel einer vorherrschenden Stellung innerhalb der Christenheit; aber auch rücksichtsloser als je verfolgte er dabei die Vergrößerung seines Königs, ohne dabei den eigenen Vorteil aus den Augen zu lassen. Wie von den spanischen Hülfsgeldern, die durch seine Hände gingen, ein Erkleckliches in denselben hängen blieb — ein Verfahren, dessen sich auch der Graf Buquoy befließigte³⁾ —, so meinte er nicht minder zugunsten seines Königs in den bevorstehenden Länderaustausch zeitig eingreifen zu sollen. In einem früheren Abschnitt des böhmischen Kriegswesens hatte er die Erwerbung des Elsasses geplant (S. 62), jetzt wollte er die Rheinpfalz hinzugelegt und beide Lande dem jüngeren

¹⁾ Eingabe der bairischen Gesandten Wensin und G. Pflügg: es belaufe sich des Herzogs „bisher geführte Spesa . . . bis auf nächstvergangenes Jahr über den spezifizierten Empfang auf die 6300000 Gulden“ (Stuttgarter Archiv 121/5 fasc. 2.) In einer um einige Tage früheren Eingabe heißt es: die Kriegskosten belaufen sich bis Ende 1620 auf bedeutend mehr als 5 (sic!) Millionen Gulden; davon seien die wirklich eingegangenen Beiträge der Liga, einschließlich der Quote des Herzogs, des Papstes und Spaniens, mit 1782432 Gulden abzuziehen (a. a. D.). — Wie die Differenz zwischen der früheren und späteren Angabe zu erklären ist, vermag ich nicht anzugeben.

²⁾ Ueber seine Diktatur vgl. u. a. Angoulême, 1620 Dez. 13. (Ambassade S. 397.) Grimmige Ausfälle des Gr. Hohenzollern gegen ihn bei Krause, Tagebuch Christians d. J. S. 25.

³⁾ Ueber die Profite beider vgl. Angoulême, 1621 Jan. 14. (Ambassade S. 473.)

Sohn Philipps III., dem Infanten Don Carlos, zugewiesen sehen; nur ein Stück der Rheinpfalz sollte dabei abgetrennt und zur Befriedigung Frankreichs verwandt werden.¹⁾ Nun scheint freilich die kaiserliche Regierung auf diesen Plan in seinem ganzen Umfang nicht eingegangen zu sein; aber daß, wenn es zur Teilung der kurpfälzischen Lande komme, die rheinpfälzischen Gebiete den spanischen Anteil zu bilden hätten, nahm sie, wie es scheint, als selbstverständlich an. Wie weit war sie doch von der Eifersucht Maximilians II. und Rudolfs II. gegen die Vergrößerung der spanischen Macht nach dem Reiche hin abgekommen!

Wiederum erschien aber die Ausführung solcher Projekte an dieselbe Vorbedingung gebunden wie die Vergrößerung Baierns: der Kurfürst Friedrich V. mußte durch die Achtung seiner Lande und Rechte verlustig erklärt werden. Im Interesse Spaniens war die Achterklärung schon als erforderlich angesehen, um den Einbruch der spanisch-niederländischen Truppen in die Pfalz zu rechtfertigen; sie erschien täglich nötiger, um die fortdauernde Occupation der Pfalz zu rechtfertigen; vollends unumgänglich war sie, wenn das pfälzische Land den Herrn wechseln sollte.

Wirklich trat denn auch jetzt der Kaiser an das längst beschlossene und widerwillig verschobene Wagnis heran. Noch standen ihm in der Führung der Reichsgeschäfte zwei Männer zur Seite, die sich schon unter Matthias durch scharfe Vertretung der katholischen und der kaiserlichen Machtansprüche hervorgethan hatten: der Reichsvizekanzler Ludwig von Ulm und der Präsident des Reichshofrats, Graf Johann Georg von Hohenzollern; ihnen gesellte sich, als der neuerhobene Leiter der Gesamtpolitik, Ulrich von Eggenberg bei, der Direktor des geheimen Rats. Nach dem Gutachten dieser Männer und nach nochmaliger, unter dem stets gewahrten ängstlichen Geheimnis erteilter Zustimmung Maximilians²⁾ ließ Ferdinand zu Wien am 29. Januar 1621 die vom 22. Januar datierte Achterklärung des Pfälzers in feierlicher Thronsetzung verlesen, dann in der Stadt und weiter im Reiche verkünden. Das Urteil war, wie schon erwähnt (S. 87), auf dem kundbaren und fortgesetzten Verbrechen des Landfriedensbruchs und der beleidigten Majestät gegründet; es erging als bloß deklaratorisches Urteil, weil die Kundbarkeit der Verbrechen in diesem Fall einen förmlichen Prozeß nicht erheische. In einem weiteren Erlaß wurden außerdem noch die vornehmsten Helfer Friedrichs V. außerhalb Böhmens, der Fürst Christian von Anhalt, der Graf Georg Friedrich von Hohenlohe und Herzog Johann Georg von Jägerndorf, in dieselbe Strafe verfällt.

Wie seit Jahrhunderten die meisten Akte kaiserlicher Justiz, die in große Machtverhältnisse eingriffen, so war auch dieses Urteil schweren rechtlichen Einwürfen ausgesetzt. Entweder war, wie die Anhänger des pfälzischen Kurfürsten in diplomatischen und öffentlichen Schriften aller Welt darzulegen suchten, sowohl die Vernachlässigung des förmlichen Rechtsverfahrens als die Behauptung, daß Ferdinand ein unzweifelhaftes Anrecht auf die böhmische Krone habe, und daß

¹⁾ Gindely III S. 420. Ueber Spinolas auf die Rheinpfalz zielende Wünsche vgl. Jbarra S. 403 fg.

²⁾ Gindely III S. 422 fg.

dieses Recht unter dem Schutz des Landfriedens und der Reichsgesetze stehe, unbefugt —: dann war das Achturteil ein nichtiger Willkürakt; oder die gesetzliche Begründung war, wie man allerdings wird annehmen dürfen, zutreffend —: dann war die Verschiebung des Urteils bis nach Schluß des ersten Aktes eines großen Kriegs eine Justizverschleppung schmächtigster Art. Und gewiß, wer die geheime Geschichte dieser Achterklärung kannte, mußte auch wissen, daß über denselben nicht der einfache Gedanke des Rechtes, sondern vor allem die Frage, wie der Krieg am vorteilhaftesten und nachdrücklichsten zu führen sei, gestanden hatte. In diesem Sinne sollten nun auch die weiteren Maßregeln zur Ausführung der Acht getroffen werden.

Gemächlich, wie es am kaiserlichen Hof Sitte war, ließ man erst einmal zwei Monate verstreichen. Dann, am 26. März, erschien, als kaiserlicher Gesandter, vor Herzog Maximilian der Graf Georg von Hohenzollern¹⁾ und überreichte, als Grundlage seines Vortrags, zwei Schriftstücke: das erste eine im Entwurf festgestellte kaiserliche Verfügung, durch welche, unter gewissen vorher zu erfüllenden Bedingungen, dem Herzog Maximilian die pfälzische Kurwürde erblich zugewiesen wurde, das zweite eine Vollmacht zur Durchführung der Acht in der Oberpfalz.²⁾ An das letztere Schriftstück fügte der Gesandte die weiteren Anträge an: Maximilian möge die Oberpfalz auf eigene Kosten erobern, dann, soweit der Wert dieses Landes dem des Herzogtums Oberösterreich gleichkomme, das letztere dem Kaiser zurückgeben und die Oberpfalz von ihm zu erblichem Besitz empfangen, mit dem Vorbehalt einer Abrechnung zwischen Kaiser und Herzog, bei welcher der erstere die von Maximilian bestrittenen böhmischen Kriegskosten, der letztere den Wert des empfangenen Landes auf sein Schuldconto nahm. — Entsprechende Eröffnungen, nämlich die Vollmacht zur Achterekution in der Rheinpfalz und das Angebot derselben zu erblicher Uebertragung, ergingen um dieselbe Zeit an den Erzherzog Albert. Es sollte, wie der Graf von Hohenzollern sagte, dahin kommen, daß dem Pfalzgrafen „nichts mehr übrig wäre, dabei er von den Seinigen geschützt werden könnte“. Den Schluß der Eröffnungen machte der Vorschlag eines zur Verteidigung dieses Länderaustausches zwischen dem Kaiser, dem Herzog von Baiern und dem Erzherzog Albert zu schließenden Bündnisses.

Sehr verschieden jedoch und keineswegs so einfach, wie man in Wien mochte erwartet haben, waren die Antworten, welche auf diese Anträge eingingen. Natürlich mußte sich Albert nach der höheren Entscheidung Philipps III. richten. Als nun aber noch vor jenen förmlichen Anträgen des kaiserlichen Hofes die Frage, wie man sich zu dem in Deutschland fortgehenden Krieg zu stellen habe, vor den spanischen Staatsrat kam, da zeigte sich's, daß Diäte mit seinen begierlichen Vorschlägen Politik auf eigene Hand getrieben hatte, und daß man am spanischen Hof mit Rücksicht auf den bevorstehenden Krieg mit den Staaten

¹⁾ Proposition des Grafen, 1621 März 26. (Stuttgarter St.N. 121/5, fasc. 2.) Recapitulation der Vorschläge des Gesandten, Mai 4. Relation desselben, Mai 20. Ein Ungen. an den Kaiser, München 1621 Mai 2. Maximilian an den Kaiser, Mai 23. (a. a. D.). Vgl. Gindely IV S. 176 fg., dessen Darstellung im einzelnen vielfache Korrekturen erfordert.

²⁾ Datiert auf den 1. Febr. 1621. (Sendenbergs XXV S. 3.)

in den deutschen Angelegenheiten noch zurückhaltender geworden war, als es Albert schon vorher gewesen war (S. 63). Mit der Acht war man einverstanden, man war auch bereit, sowohl den Krieg in der Rheinpfalz mit einem Teil, etwa der Hälfte der zuerst dorthin gesandten Truppen, fortzuführen, als auch die in den kaiserlichen Erblanden im Betrag von etwa 8000 Mann¹⁾ befindlichen Hilfstruppen weiter zu unterhalten; aber vor der Gefahr, den kleinen Krieg im Reich durch Aufstellung großer Eroberungsprojekte zu einem großen zu machen, schrak man zurück. Die Hauptaufgabe der spanischen Politik, so meinten die Räte Philipps III., richtete sich gegen die Generalstaaten: ihnen gegenüber waren die Kräfte des Staates zusammenzuhalten, und waren alle Schritte nach Möglichkeit zu vermeiden, durch welche man den Generalstaaten neue Bundesgenossen, sich selber neue Feinde erwarb. Im Hinblick auf Deutschland mußte man demgemäß einen scharfen Unterschied machen zwischen der Erhaltung der österreichischen Hausmacht, in der Spanien sein eigenstes Interesse erkannte, und der Zertrümmerung der pfälzischen Macht im Reich, durch welche man England in die Waffen rief. Zu ersterer wollte man weiter helfen, selbst durch Fortsetzung der Diversion in der Rheinpfalz; letztere aber wünschte man durch einen nachgiebigen Ausgleich mit dem pfälzischen Kurfürsten auf Grundlage der Sicherung der kaiserlichen Hauslande einerseits, der Rückgabe der pfälzischen Erblande andererseits abzuwenden.

In diesem Sinn erfolgte bereits am 8. März²⁾ eine Entschliebung Philipps III., welche die kaiserlichen Anerbietungen im voraus durchkreuzte. „Ich erhebe,“ so erklärte der König, „keinen Anspruch darauf, einen Teil der Pfalz zu behalten.“ Es war eine Entschliebung, welche nach einer anderen Seite auch eine bedenkliche Spitze gegen die bayerischen Ansprüche richtete. Denn wenn man den gefährlichen Streit um die Pfalz durch eine baldige Restitution ihres Landesherrn zu beenden wünschte, was sollte dann aus der dem Herzog Maximilian zugesagten Kur werden? Philipp dachte in dieser Hinsicht bereits an den Ausweg, daß man, wie einst in dem Vertrag von 1329, den Wechsel der Kur zwischen Pfalz und Baiern festsetzen könne.

In ganz anderen, aber für den Kaiser auch nicht bequemen Bahnen bewegte sich gleichzeitig die Politik Maximilians. Die Beute, die er sich frühzeitig ausersehen hatte, nämlich die pfälzische Kur und womöglich ein Stück der pfälzischen Lande, hatte er fest im Auge behalten. Als daher der kaiserliche Gesandte ihm das Dekret über Zuweisung der Kur vorlegte, war er an sich mit demselben sehr einverstanden, — nur mit der einen Einwendung, daß dasselbe nicht bedingungslos gefaßt war. Nicht minder genehm war ihm die Eröffnung des Kriegs gegen die Oberpfalz —, nur daß er hier weitere Einwendungen zu machen hatte, die dem Kaiser über den teuren Preis der bayerischen Hilfe die Augen öffneten. Zunächst schien ihm der Gewinn der Oberpfalz, wenn es einmal zur Eroberung der pfälzischen Lande überhaupt kommen sollte, bereits nicht mehr genügend zu sein; er bemerkte, daß, „wofern der Pfalzgraf auch der

¹⁾ Philipp III. an Erzhh. Albert, 1621 März 8. (Brüsseler St. N. Secrét. d'Espagne n. 10.)

²⁾ An Erzhh. Albert, a. a. O. An Dñate, Gardiner IV S. 184.

Kurländer in der Unteren Pfalz priviert werden sollte, alsdann vermöge der Goldenen Bulle dieselben niemand anderem als ihm zu verleihen seien.“¹⁾ Sodann aber, daß der Eroberungskrieg gerade in der Form einer Ahterektion von ihm geführt werden solle, was er doch bei Unterhandlung des Ulmer Vertrags selber in Aussicht genommen hatte (S. 95), war ihm jetzt plötzlich bedenklich geworden. Er erinnerte sich, wie streng er darauf gehalten hatte, daß die Verantwortung für die gehässige Maßregel der Aht allein vom Kaiser getragen werde; nahm er nun nicht einen Teil der Verantwortung auf sich, wenn er sich mit der Exekution der Aht beauftragen ließ? Unter diesen Bedenken glaubte er ein harmloseres Mittel, das zu demselben Ziele führte, in der zur Unterwerfung Böhmens ihm erteilten Kommission zu finden. Die letzten Streitkräfte, welche in Böhmen für die Sache Friedrichs V. fochten, hatten, wie noch zu erzählen ist, die Oberpfalz in ihre kriegerischen Maßnahmen eingezogen: dorthin zogen sie sich zurück, dort sammelten sie neue Kräfte, und von dort unternahmen sie neue Vorstöße gegen Böhmen. Folglich gehörte es zur Unterdrückung des böhmischen Aufstandes, daß Maximilian, natürlich wieder unter Mitwirkung kaiserlicher Streitkräfte, die Oberpfalz besetzte. Der Gegenvorschlag Maximilians lautete also: eine Ahterektion möge der Kaiser selbst vornehmen oder von einer größeren Fürstenversammlung beschließen lassen; er, der Herzog, sei dagegen bereit, kraft seiner böhmischen Kommission die Oberpfalz besetzen zu helfen.

Der Kaiser konnte nicht anders, als sich dem Willen des Herzogs fügen; am 9. Juni 1621 stellte er ihm eine entsprechende Erklärung über die Ausdehnung seiner alten Kommission auf die Oberpfalz aus.²⁾ Aber kam Maximilian, wenn er die Oberpfalz nur besetzte, um Böhmen zu sichern, nicht in Gefahr, seine Aussichten auf dauernde Eroberung pfälzischen Gebiets zu verschmerzen? Der vorsichtige Herzog baute dieser Gefahr vor, indem er an die Pflicht des Kaisers erinnerte, alle aus dem böhmischen Krieg ihm erwachsenden Ausgaben, die über die Ligabeiträge hinausgingen, zu ersetzen. Er ließ keine Unklarheit darüber bestehen, daß diese Ersatzpflicht des Kaisers auch für die Kosten der Einnahme der Oberpfalz eintrat.³⁾ Wie aber sollte der Kaiser solche neue Kosten anders ersetzen, als indem er das Land dem Eroberer als Pfand überließ?

Das Ergebnis dieser Zurückhaltung des baierischen Herzogs war, daß eine eigentliche Exekution der gegen den pfälzischen Kurfürsten ausgesprochenen Aht überhaupt nicht erfolgte; denn auch der dem Erzherzog Albert zuge dachte Exekutionsauftrag wurde nunmehr zurückgezogen. Noch weniger konnte von einer Ahterektion gegen Christian von Anhalt die Rede sein. Denn dem Kurfürsten von Sachsen, dem dieser Auftrag zukommen sollte, war das kleine Anhalt-

¹⁾ Relation Zollerns, 1621 Mai 20.

²⁾ An den Gr. Hohenzollern, 1621 Juni 9. (Stuttgarter Archiv, a. a. O. Vgl. Gindely IV S. 184 Anm. 2.)

³⁾ Baiern an den Kaiser, 1621 Juni 28. (A. a. O. Vgl. Gindely IV S. 187.) Kaiserl. Instruktion für v. d. Reck, Juli 5. (Gindely IV S. 188.) Ungeklärt blieb der weiter von Maximilian erhobene Anspruch, daß auch der Liga ihre Aufwendungen zur Besetzung der Oberpfalz ersetzt werden sollten.

Bernburg — auf dieses hatte ja die vorsichtige Haltung der anderen Anhaltiner die Wucht des Schlages beschränkt (S. 115) — eine neue Herausforderung der norddeutschen Protestanten nicht wert; Fürst Christian aber hatte sich mit einer Geschmeidigkeit, die alle seine früheren Künste überbot, bald nach der Prager Niederlage geräuschlos, ohne daß ein böses Wort des Herrn oder Dieners in die Öffentlichkeit gedrungen wäre, von dem gefallenem König getrennt und nach einigen Irrfahrten unter den Schutz des schwedischen Königs begeben. Schon am 12. Juli richtete er nun an den Kaiser eine Bitte um Gnade: er war, so setzte er auseinander, kein Anstifter, sondern nur Werkzeug gewesen. Eifer für die evangelische Religion und Treue gegen seinen kurpfälzischen Herrn hatten ihn in den Dienst der böhmischen Stände getrieben. Zu hindern, daß Böhmen in undeutsche Hände gerate, und den Weg zur Herstellung des Friedens offen zu halten, das waren die löblichen Bestrebungen, mit denen er in diesen Dienst eingetreten war. — Hiermit wurde eine Verhandlung eingeleitet, die drei Jahre später mit der förmlichen Begnadigung des Fürsten endete. Seine politische Wirksamkeit, die auf selbstvergnügter Ueberschätzung der eigenen Kräfte beruhte und niemals von Heuchelei frei gewesen war, hatte fortan ein Ende. Charakteristisch aber war, daß weder Christian noch Friedrich V. ein rechtes Gefühl für die Schmach und Niedrigkeit dieses Abfalls hatten. Friedrich V., als er von dem Bettelbrief an den Kaiser hörte, bemerkte gleichmütig: der Fürst habe es zu eilig gehabt, und ohne Bedenken nahm er im folgenden Jahre noch einmal seine diplomatischen Dienste in Anspruch.¹⁾ Christian selber trug seinem Sohn, als dieser ihn in den Jahren 1622 und 1623 in der Verbannung besuchte, als Kern seiner Grundsätze vor: „nichts Glückseligeres gebe es auf der Welt, als immerdar in ruhiger und gelassener Gemütsverfassung zu verbleiben, auch immer zuvor zu bedenken, was geschehen könnte. Man müsse nicht nach dem Winde schnappen und mittlerweile verlieren, was man habe. Aber nach einem ehrlichen Namen zu streben, wäre wohl vergönnt.“ Offenbar, bei ihm, wie bei anderen kurpfälzischen Staatsmännern, halfen Gleichmut und Selbstzufriedenheit über den Schmerz der Niederlagen und die Unbequemlichkeit der Selbstwürfe hinweg.

Also noch einmal: eine eigentliche Exekution der von ihm ausgesprochenen Achturteile vermochte der Kaiser nicht ins Werk zu setzen. Aber das hinderte doch nicht, daß der unter anderem Vorwand fortgehende Krieg gegen die pfälzischen Lande durch den moralischen Eindruck der Achtung gewaltig gefördert wurde. Und eben diese Bedeutung der Acht bewährte sich alsbald an der Haltung der Union.

Neun Tage, nachdem die Acht gegen Friedrich V. verkündet war, am 7. Februar 1621, wurde in Heilbronn der vorher bestimmte Unionstag eröffnet. Man hatte gehofft, daß sich noch in letzter Stunde gleichgesinnte Stände und Mächte der Versammlung zu gemeinsamem Wirken anschließen würden. Aber niemand von den außerhalb der Union Stehenden fand sich ein, und was der-

¹⁾ Gindely IV S. 342, 344. Meine Bemerkungen in der Hist. Zeitschrift, N. F. 38 S. 412 Anm.

jenige, auf dessen Hilfe es an erster Stelle ankam, was König Jakob I. beschließen werde, blieb nach wie vor in peinlicher Ungewißheit; sichtlich wollten alle anderen erst sehen, was die Unierten thun würden. Nun fanden sich allerdings aus der Zahl der letzteren einige Mitglieder ein, die bei den vorigen Versammlungen gefehlt hatten, nämlich die Vertreter der Anhaltiner Fürsten und des Grafen von Dettingen. Auch die Beschlüsse, welche durchgingen, schienen kräftig zu lauten. Noch einmal wurde zur Zahlung des rückständigen und des bis zum Endtermin der Union weiterlaufenden Soldes der Unionsarmee, d. h. für ein Erfordernis von etwa einer Million Goldgulden, die gewaltige Steuer von 100 Monaten für nötig befunden;¹⁾ noch einmal wurde auch die Pflicht zum Schutz der pfälzischen Lande anerkannt.

Aber leider, jener Steuerbeschluss wurde von einem Teil der Versammelten, nämlich von den Städten, von Dettingen und Anhalt, nur ad referendum genommen und über die Frage, was nach dem in zwei Monaten eintretenden Endtermin der Union aus der Armee werden sollte, schwieg die ganze Versammlung. Sodann, um der Pflicht zum Schutz der Pfalz nachzukommen, wußte man am Ende keinen anderen Weg als Verwendung beim Kaiser um die Ausöhnung Friedrichs V., und bei Spinola und dem Kaiser zugleich um einen Waffenstillstand. Der Sinn dieser Beschlüsse war, daß man die kurze Zeit, da man die Waffen noch in der Hand hatte, zu dem Versuch eines zwischen dem Kaiser und Friedrich V. zu treffenden gütlichen Ausgleichs, bei welchem Böhmen preisgegeben, die Pfalz aber gerettet würde, benützen wollte. Aber auch diese letzte Wendung der Unionspolitik hatte damals der Kaiser schon thatsächlich durchkreuzt. Seit dem Januar 1621 war Friedrich V. geächtet. Fortan war nach Ausweis der Reichsgesetze jegliche Unterstützung des Geächteten ein Verbrechen, welches selber die Acht nach sich zog: folglich, so lautete des Kaisers Schluß, haben die Unierten abzurüsten und die pfälzischen Lande den Bundesgenossen des Kaisers preiszugeben. Und nicht nur die Pfalz war preiszugeben. Auch die Union hatte im Sinn des Kaisers den gesetzwidrigen Charakter, den er ihr schon vor Monaten schuld gegeben, inzwischen vollends an den Tag gelegt; denn nicht allein, daß ihr Haupt sich der Reichsacht schuldig gemacht hatte, es war auch gelungen, bei der Einnahme Prags die politische Korrespondenz der Pfälzer von der Zeit der Anknüpfung mit Savoyen bis zur Prager Katastrophe zu erbeuten, und eben jetzt ließ Herzog Maximilian eine Druckschrift unter dem Titel „Anhaltische Kanzlei“ ausarbeiten, die zu beweisen hatte, daß die Macht der Union ohne rechtes Wissen ihrer meisten Mitglieder durch ihre calvinistischen Führer zu einem grauenhaften Vertilgungskrieg gegen das Haus Oesterreich und die katholischen Reichsstände bestimmt war.²⁾ Folglich, so lautete die zweite Forderung des Kaisers, haben die Unierten das Bündnis zu verlassen oder doch, da es im nächsten Mai ohnehin abläuft, es nicht zu erneuern.

¹⁾ Dazu von den höheren Ständen für das dringendste Bedürfnis sofort 20 Monate beschossen und von den Städten ad ref. genommen. (Weilbronner Abschied, 1621 März 11. Berliner St. A. Unionsakten B. 52.)

²⁾ Den Unierten gegenüber findet sich ein Hinweis auf die in Prag erbeuteten Papiere bereits in dem Schreiben des Kaisers an Straßburg, 1621 Jan. 23. (Londorp II S. 380.)

Mit solchen Forderungen vom Kaiser beauftragt, war Landgraf Ludwig von Hessen-Darmstadt vor der Heilbronner Versammlung erschienen, um die vorher schon angeknüpften Verhandlungen fortzusetzen; aber, was wichtiger war, in demselben Sinne wurden auch Separatverhandlungen angeknüpft: vom Landgrafen Ludwig und dem Erzbischof von Mainz mit der Stadt Straßburg, von Spinola mit dem Landgrafen Moriz, vom Landgrafen Ludwig mit Ansbach und Württemberg. Und hier zeigte sich's, wie unter dem Schrecken der Acht der letzte Rest von Widerstandskraft aufgelöst war. Zuerst versprach die Stadt Straßburg in einem zu Aschaffenburg am 24. März geschlossenen Abkommen, innerhalb eines Monats ihre Beteiligung an den Kriegsanstalten der Union zurückzunehmen und am 14. Mai die Union selber zu verlassen, wogegen der Kaiser die Stadt und ihre Rechte in seinen Schutz nahm und ihr kein gegen ihn und sein Haus begangenes Vergehen nachtragen wollte. Zum Beitritt zu diesem Vertrag wurde dann den übrigen Städten eine sechswöchentliche Frist gestellt.

Hiermit war für den Abfall der unierten Städte ein unwiderstehlicher Antrieb gegeben. Aber auch aus dem Kreise der Fürsten erfolgte bald nachher ein noch viel erstaunlicherer Vertrag. Am 5. April wurde zu Bingen zwischen den Abgeordneten des Landgrafen Moriz und denjenigen des Generals Spinola, der jetzt ganz als Bevollmächtigter des Kaisers auftrat, abgeredet, daß der Landgraf sich jeder Maßregel zum Schutze der Pfalz zu enthalten und die Union bei dem vorstehenden Endtermin zu verlassen habe, wofür ihm Spinola Sicherheit gegen jede gesetzwidrige Bedrückung seiner Person und seiner Lande gewährte. Wohl mußte man hier fragen, wie denn gerade jener Fürst, der mit einem Ernst und einem Feuer wie kein anderer die Pflicht des Kampfes gegen die katholische Vereinigung bekannt hatte, als erster unter seinen Standesgenossen das Beispiel des Abfalls geben konnte. Die Antwort lag in dem Gegensatz zwischen den auf die weite Zukunft weisenden Plänen des Landgrafen und der unmittelbaren Not der Gegenwart. Während von den deutschen und außerdeutschen Freunden, auf die Moriz gerechnet hatte, keinerlei Hilfe kam, standen die Truppen Spinolas zum Einbruch bereit an den Grenzen seines von den katholischen und den protestantischen Verbündeten des Kaisers umschlossenen Landes, und im Innern desselben trat ihm aus dem Kreise seiner Landstände der unüberwindliche Abscheu vor einem Krieg mit dem Kaiser, aus dem Mund seiner Räte, seines ältesten Sohnes und seiner Gemahlin die Ueberzeugung von der Notwendigkeit des Nachgebens entgegen. So ließ er sich zu den Verhandlungen und dem Vertrage drängen. Daß sich nach Abschluß desselben noch einmal sein Eigenwille regte, und er die Ratifikation verweigerte, wollte wenig besagen. Denn im Grunde entsprach das Abkommen den Instruktionen,¹⁾ die er sich hatte abnötigen lassen, und die Ausführung des Vertrags wurde durch die leere Form der verweigerten Ratifikation nicht gehindert.

Diesem Vorgehen gegenüber durften zwei andere Fürsten, die schon früher den Mut verloren hatten, der Herzog von Württemberg nämlich und der Markgraf von Ansbach, nicht zurückbleiben. Sie waren vom Heilbronner Tag be-

¹⁾ Instruktion vom 24. März bei Londorp II S. 384.

auftragt, die Vermittelung des Landgrafen Ludwig für den erstrebten Waffenstillstand mit Spinola in Anspruch zu nehmen. Aber wie auch ihnen die Schrecken der Acht und die Uebermacht des Gegners immer klarer vor die Augen traten, ließen sie sich über die Grenze ihrer Aufträge hinausziehen. Zu Mainz schlossen sie am 12. April mit den im Namen des Kaisers, Erzherzog Alberts und Spinolas unterhandelnden Fürsten, dem Landgrafen Ludwig und dem Erzbischof von Mainz, einen Vertrag, kraft dessen sie alles, was Landgraf Moriz für sich allein zugestanden hatte — nämlich Verzicht auf jegliche Unterstützung Friedrichs V., Entfernung ihrer Truppen aus der Pfalz und Auflösung der Union — im Namen sämtlicher Unierten zugestanden. Dafür wurde ihnen denn allerdings im Namen Spinolas und im Hinblick auf die Bemühungen um die Ausöhnung des pfälzischen Kurfürsten die zeitweilige Einstellung der kriegerischen Bewegungen in der Rheinpfalz bewilligt, zunächst für die Zeit bis zum 14. Mai, dann aber, da englische Verwendung hinzukam, bis zum 31. Juli. Die kurpfälzische Regierung gewann hierdurch freie Zeit, um die Ausscheidung ihrer Streitkräfte, die beisammen blieben, von denen der Union, die sich auflösten, zu vollziehen und den letzten Kampf um die Behauptung der pfälzischen Lande nach unge störter Vorbereitung wieder aufzunehmen.

Was aber jetzt unwiderruflich entschieden war, das war die Auflösung der Union. Von einer Verleugnung des Mainzer Abkommens durch die Mehrzahl der übrigen Unierten konnte bei der vorherrschenden Stimmung keine Rede sein. Und so wurde denn auch am 14. Mai 1621, dreizehn Jahre nach Abschluß des Bündnisses, von einigen Mitgliedern desselben,¹⁾ die sich nochmals in Heilbronn versammelten, der letzte Unionsabschied ausgefertigt. Indem man von einer Verlängerung des abgelaufenen Bundesvertrags ab sah, handelte es sich vornehmlich nur noch um die Eintreibung rückständiger Beisteuern und die Entlohnung der aufzulösenden Unionsarmee, Fragen, die im Vergleich mit den großen vorangehenden Kämpfen von geringerer Bedeutung sind. Daneben wurde allerdings noch ein anderer Punkt berührt, der für die Geschicke der gesamten protestantischen Partei desto wichtiger war. Wie so oft betont ist, hatten die Unierten den durch den böhmischen Aufstand auf die Spitze getriebenen Machtstreit zwischen dem Kaiser und den protestantischen Ständen seiner Erblande in Zusammenhang gebracht mit dem in den Beschwerdeschriften der Reichstage zusammengefaßten Machtstreit zwischen der katholischen und protestantischen Partei im Reich. Nachdem nun der erste Kampf durch die Besiegung der böhmischen Rebellen zugunsten des Kaisers entschieden war, mußte da nicht auch der zweite sich zugunsten der katholischen Partei wenden, wenn diejenige Macht, welche die protestantischen Ansprüche in ihrer weitesten Ausbildung mit den schärfsten Mitteln — vor allem durch die Ablehnung gerichtlicher Entscheidungen der Reichsgerichte und gesetzlicher Entscheidungen der Reichstagsmajorität — verfochten hatte, sich nunmehr auflöste? Daß diese Gefahr heraufzog, erkannte die Heilbronner Versammlung an, indem sie dem Beschluß der Auflösung der Union das niederschlagende Wort hinzu-

¹⁾ Der Abschied (Berliner St. A. Unionsakten B. 52) ist unterzeichnet von Zweibrücken, Ansbach, Württemberg und Gesandten von Baden, Nürnberg und Ulm.

fügte: der Zweck der Union sei noch nicht erreicht. Um diesen Zweck auf anderen Wegen zu verfolgen, sollte, so meinte sie, das Zusammenhalten aller protestantischen Stände in der Vertretung ihrer Beschwerden, besonders auch in der Vertretung derselben vor einem künftigen Reichstag, mit neuem Eifer erstrebt werden. Aber das war ein Beschluß, der gegenüber dem steten und unerbittlichen Vordringen der katholischen Partei sich mehr wie ein Notruf als wie eine kräftige Abwehr ausnahm.

Fürs erste freilich konnte man sich in gewohnter Weise damit trösten, daß der Zeitpunkt für einen ernsthaften Austrag der vor dem Forum des Reichs schwebenden Beschwerden noch nicht gekommen war. Einstweilen stand nicht diese allgemeine Frage, sondern die Sorge, was aus dem von der Union preisgegebenen Friedrich V. werden sollte, im Vordergrund. Aber gerade hier zeigten sich die Folgen der Auflösung der Union im grellsten Lichte. Wie schon bemerkt, hatten die nordischen Mächte und Stände, als sie Miene machten, für den Pfälzer einzutreten, vor allem auf die Unierten gesehen. Die Ausführung der von der Segeberger Versammlung aufgestellten kriegerischen Pläne war in erster Linie von der Mitwirkung der Union und daneben von derjenigen des englischen Königs abhängig gemacht. Was nun zunächst den letzteren angeht, so waren durch dessen zweifelhafte Haltung bereits die Unierten in ihrem Zurückweichen bestärkt; und was inzwischen von der englischen Politik weiter kund wurde, konnte auch auf die nordischen Mächte nur im Sinne der Entmutigung wirken. Das Parlament, welches Jakob I. am 9. Februar 1621 eröffnete, hatte ihm rasch eine direkte Steuer von zwei sogenannten Subsidien bewilligt, deren Ertrag man auf etwa 160000 Pfund¹⁾ veranschlagte, eine Summe, die nur als erste Anzahlung auf die Erfordernisse eines kriegerischen Einschreitens zur Rettung der Pfalz betrachtet werden konnte. Kaum aber war diese Anzahlung bewilligt, als die entgegengesetzten Anschauungen über die im Innern und nach außen zu befolgende Politik und über die beiderseitigen Rechte den alten Zwiespalt zwischen König und Parlament wieder eröffneten. Im Sommer wurde das Parlament vertagt, und mit Anbruch des Jahres 1622 wurde es aufgelöst. Und wenn unter diesen Streitigkeiten die Mehrheit des Unterhauses auf unerbittlichen Krieg mit den Katholiken sowohl im Lande wie außerhalb des Reiches drang, so war das für Jakob ein Grund mehr, seine frühere Vermittlungspolitik wieder aufzunehmen. Im Juni fertigte er einen seiner gewiegtesten Diplomaten, John Digby, an den Kaiser ab, um das alte Spiel, in dem der Kaiser mit kriegerischem Einschreiten, der pfälzische Kurfürst mit völliger Preisgabe bedroht wurde, und dadurch beide zu einem mittleren Ausgleich getrieben werden sollten, von neuem zu spielen, immer mit der weiteren Hoffnung, daß in Verbindung mit der glücklichen Vermittelung die spanisch-englische Heirat zum Abschluß kommen solle.

Eine solche Haltung der vornehmsten protestantischen Macht konnte den ohnehin nur mäßigen Kriegseifer der Mächte im Norden nicht auffrischen. Nun kam, alles überbietend, die Nachricht hinzu, daß die Union die Waffen aus der

¹⁾ Gardiner IV S. 32. Vgl. Hallam (Ausg. London 1872) I S. 371 Anm. a.

Hand gegeben habe, und da brachen die kriegerischen Pläne vollends zusammen. Wohl beschloß noch bei dem Lüneburger Kreistag, am 12. Mai 1621, die Mehrheit der niedersächsischen Kreisstände die Bereithaltung des neunfachen Betrags der Kreishülfe, aber eben nur die Bereithaltung, und auch diese nicht etwa für die Rettung der Pfalz, sondern lediglich zum Schutz des niedersächsischen Kreises. Wohl erschien in den ersten Tagen des Juni eine dänische Gesandtschaft am kaiserlichen Hof, um unter beleidigender Verurteilung des kaiserlichen Vorgehens die Aufhebung der Acht gegen Friedrich V. und die Zurückziehung der Truppen aus der Pfalz und dem Reich zu fordern, und im Gefolge dieser Entwaffnung die Vermittelung des Königs zwischen dem Kaiser und dem pfälzischen Kurfürsten einzuleiten. Aber da Ferdinand sich nicht schrecken ließ, so wurde auch hierdurch kein Krieg, sondern nur wachsende Verfeindung bewirkt.

So hatte denn die Auflösung der Union Friedrich V. sowohl des Schutzes seiner Verbündeten wie der Hoffnung auf den Abschluß eines weiteren Bündnisses beraubt. Es war keine Uebertreibung, wenn man diese Vorgänge der Niederlage auf dem Weißen Berg gleich setzte. Letztere schien den Krieg um Böhmen, die Trennung der Union schien den Untergang der pfälzischen Macht entschieden zu haben. Denn die Streitkräfte, die auf beiden Kriegsschauplätzen, in Böhmen und in der Pfalz, jetzt noch den Krieg gegen den Kaiser fortsetzten,¹⁾ nahmen sich doch eigentlich nur wie versprengte Haufen eines besiegten Heeres aus. Da stand in Tabor an der Spitze von sieben Reitercompagnien und zwei vermutlich trümmerhaften Fußregimentern der Graf von Mansfeld; er unterhielt Verbindungen, die nach Südosten über die Moldau zur Festung Tabor, in und um welche die Reste von zwei Infanterieregimentern lagen, und nach Nordwesten zu den im Egerer und Elbogener Lande gehaltenen festen Plätzen reichten. In der Oberlausitz hatte ferner der Herzog Johann Georg von Jägerndorf trotz der Unterwerfung der Lausitzer und Schlesier einen Teil der ihm unterstellten Truppen beisammen gehalten. Er gehörte zu den Auserlesenen, die der Kaiser mit Friedrich V. zusammen geächtet hatte. Sich den Folgen dieser Acht durch eine Schmiegsamkeit, wie sie der Fürst von Anhalt bewiesen hatte, zu entziehen, lag weder in seinem Charakter, noch versprach es sonderlichen Erfolg, da der Kaiser die Gelegenheit, dem Brandenburger Prinzen das ihm niemals zuerkannte Anrecht auf Jägerndorf (II 399) jetzt definitiv zu entziehen, sich vermutlich nicht entgehen lassen wollte. So setzte Johann Georg den Kampf gegen den Kaiser und den sächsischen Kurfürsten fort, wich aber langsam von der Lausitz nach Glas, von da nach Reisse, bis er im Juli 1621 sich zu Bethlen Gabor nach Ungarn schlug. Einen dritten Kern des Widerstandes bildete die kurpfälzische Regierung, sowohl dasjenige Kollegium, welches in Heidelberg unter dem Herzog Johann von Zweibrücken als Statthalter die Rheinpfalz, als dasjenige, welches von Amberg aus die Oberpfalz verwaltete. Abgesehen von dem Landesaufgebot fanden sich in der Oberpfalz an Werbetruppen nur drei Fähnlein Infanterie, während in der Rheinpfalz immerhin fünf Regimente zu Fuß und

¹⁾ Angabe über die verschiedenen Truppenteile bei v. Reitzenstein, Der Feldzug des Jahres 1621.

drei Regimenter zu Pferde beisammen waren, natürlich auch diese in zerrüttetem Zustand; am kriegstüchtigsten war wohl unter ihnen jenes Infanterieregiment, welches Horatio de Vere aus England herbeigeführt hatte (S. 92, 111).

Auf den ersten Blick hätte man also wohl annehmen dürfen, daß die Heere der großen und siegreichen Mächte bei entschlossenem Zugreifen diese unbezahlten und entmutigten Banden rasch hätten zersprengen können. Allein hier trat wieder eine unerwartete Wendung ein. In Wirklichkeit waren es eben diese Haufen, welche das Erlöschen des Krieges verhindert haben.

Was sie zunächst gegen vernichtende Angriffe schützte, das war die Zersplitterung und Zerrüttung der Streitkräfte des Kaisers und seiner Verbündeten. Abgezogen vom deutschen Kriegsschauplatz wurde schon im April 1621 die kaiserliche Hauptarmee unter Buquoy, da sie nach Ungarn gegen Bethlen Gabor marschieren mußte. Abgezogen wurde auch um dieselbe Zeit Spinola nebst einem Teil seiner Truppen von den pfälzischen Landen, da er die Leitung des Krieges gegen die Generalstaaten übernehmen mußte. Für ihn trat an die Spitze der auf etwa 11000 Mann reduzierten und in eine Menge kleiner Garnisonen zersplitterten spanischen Truppen in der Pfalz Gonzalo de Corduba, aber mit der doppelten Beschränkung, daß er in allen wichtigen Maßregeln die Weisungen des Oberbefehlshabers Spinola einholen und wegen des von letzterem getroffenen Waffenstillstands bis zum August unthätig bleiben mußte.¹⁾ Besser als diese spanischen und kaiserlichen Streitkräfte schienen auf den ersten Blick die bairischen und die sächsischen Truppen zusammenzuhalten; vor allem die ersteren waren ihrer Hauptmasse nach in den verschiedenen bedrohten Teilen Böhmens gelagert, und zugleich begann sich auch eine Abteilung der sächsischen Truppen zu nähern, welche im Februar 1621 in das Egerer und Elbogener Land vorgeschoben wurden. Allein die Erfahrung, welche sich bei den unvollkommenen Einrichtungen der Verpflegung und Lagerung der Truppen damals nach jedem größeren Feldzug einzustellen pflegte, daß nämlich die Heere durch Seuchen und Desertion halb aufgelöst waren, blieb auch den bairisch-sächsischen Truppen nicht erspart. Vier Infanterieregimenter z. B., welche in der Stärke von je 3000 Mann aufgestellt waren, wiesen in der zweiten Hälfte des Monats November einen Bestand von gesunden Knechten auf, der sich zwischen 704 und 1014 Mann aufs Regiment stellte: eine Zerrüttung, die gewiß auch einen Maßstab für die zum Teil wohl noch schlimmeren Zustände der Mansfeldischen und pfälzischen Armee gibt, aber jedenfalls die bairische Armee für größere Unternehmungen vorläufig unbrauchbar machte.

Die nächste Sorge für Maximilian und Tilly mußte daher sein, daß die Armee ergänzt und neu geordnet wurde. Hierfür aber bot sich einerseits das kostspielige und zeitraubende Mittel der neuen Werbungen, um die alten Regimenter zu ergänzen und neue zu bilden, andererseits ein billigeres und dem nächsten Bedürfnis entsprechendes Verfahren, welches darin bestand, daß man in einer sogenannten Reformation die Reste alter Truppenkörper zu neuen Ein-

¹⁾ Vgl. seine Klagen in dem Schreiben 1622 April 6. (Documentos inéditos 54 S. 149.) Ueber seine Truppen v. Reichenstein S. 182.

heiten verschmolz. Bald wurden bei diesem Verfahren zusammengeschnitzene Regimenter zu einem vollzähligen vereinigt, bald begnügte man sich damit, innerhalb eines Infanterieregiments die gelichteten Fähnlein zusammenzulegen und ein Regiment, das früher zehn Fähnlein gezählt hatte, nun etwa mit fünf Fähnlein bestehen zu lassen. Indem man nach demselben Beispiel auch vielfach die Fähnlein nicht ergänzte, sondern durch Zusammenziehung ihrer gesunden Elemente verkleinerte, ging man auch hier unter den Normalbestand von 300 Mann tief hinunter. Das Entsprechende geschah natürlich auch in den Kavallerieregimentern. Und so kam man zur Bildung von Truppenkörpern von gleichem Namen und höchst verschiedener Stärke. Man konnte sich dabei auf das Beispiel der Generalstaaten berufen, deren Infanterieregimenter unter den Reformen des Prinzen Moriz und seines Veters Wilhelm Ludwig auf Bestände von 1000 Mann zurückgegangen waren. Aber bei den deutschen Reduktionen herrschte keine vorbedachte Regel, sondern die augenblickliche Not.

Zur Herstellung seiner halbzertrümmerten Armee griff nun Maximilian zu beiden Mitteln, der Neuwerbung und der Reformation. Aber hier hatte er damit zu rechnen, daß die Kosten des Heeres ja zum größeren Teil aus den Beisteuern der Liga bestritten werden sollten, diese aber zunächst nur auf sechs Monate bewilligt (S. 60) und dann allerdings verlängert waren,¹⁾ aber nur zum Zweck der bei Ablauf des ersten Termins noch nicht vollbrachten Rettung Böhmens. Die Frage war also, ob die Liga ihre Beitragspflicht nach dem Sieg auf dem Weißen Berg als beendet ansehe, oder für den Fortgang des Krieges, bei dem der offensive Charakter mehr und mehr hervortrat, noch fernerhin steuern wollte. Zur Entscheidung hierüber trat im Februar 1621 eine auf Maximilians Andringen veranstaltete Versammlung beider Abteilungen der Liga in der Stadt Augsburg zusammen.

Die Zahl der Mitglieder des Bundes (S. 38, 39, 60) war inzwischen gewachsen. Der rheinischen Abteilung waren die Bischöfe von Worms und Straßburg nebst den Äbten von Fulda und Murbach beigetreten; unter den Oberländern erschienen als neue Mitglieder der Bischof von Konstanz, der Abt von Rempten, der Prälat von Kaisheim und die Grafen von Fugger. Aber die Stimmung der Verbündeten erfüllte Maximilian mit schweren Sorgen. Schon die ungeheuren Rückstände der bisher zu zahlenden Bundessteuern zeigte einen kläglichen Mangel an Eifer und Leistungsfähigkeit. Da hatten z. B. die Stände des rheinischen Gebiets für das ihnen zugewiesene Truppencorps von 6000 Mann zu Fuß und 1000 Reitern die Kosten der ersten Aufstellung und ferner vom 20. Februar bis zum 8. November 1620 monatlich 100 000 Gulden, von da ab für die zusammengeschnitzene Truppe monatlich ungefähr 44 000 Gulden erlegen sollen: ihre Rückstände beliefen sich auf mehr als eine halbe Million.²⁾ Noch höher, entsprechend den größeren Verpflichtungen, stellten sich die Rückstände der oberländischen Abteilung. Schlimmer jedoch als dieser Mangel an Opferwillig-

¹⁾ Abschied des oberländ. Direktoriums, Ingolstadt 1620 Juni 19. (Stumpf S. 153.)

²⁾ Zu den 271 507 Gulden bei Heilmann II 1 S. 99 Anm. sind die Rückstände Kurkölns, die im August 1621 auf 289 425 Gulden gestiegen waren (v. Aretin S. 166 Anm.), zuzuzählen.

keit erschien der jetzt wie früher wieder hervorbrechende Zwiespalt der Interessen zwischen den rheinischen und oberländischen Verbündeten. Erstere sahen sich den von der Pfalz und den vereinigten Niederlanden vorgenommenen Streifzügen und angedrohten Invasionen preisgegeben, während die Bundesarmee in weit entlegenen Landen beschäftigt war und, wie es schien, mehr und mehr den besonderen Zwecken des Kaisers und des Herzogs von Baiern zu dienen hatte. Darüber entstand bei den Rheinländern eine Stimmung, die sich bereits in der Drohung, die Liga zu verlassen, äußerte.

Nicht leicht schien es also, dieser Masse den Entschluß zur Fortführung des Krieges abzurufen. Maximilians erstes Ueberredungsmittel war die im Krieg gewachsene Verfeindung der katholischen und protestantischen Mächte: in demselben Augenblick, sagte er, da der Druck der katholischen Streitkräfte auf die Protestanten nachlasse, würden die letzteren sich zu neuen Angriffen erheben. Dann aber griff er — und hier unterstützte ihn der Kaiser, der eine besondere Vorstellung an die Versammlung richtete — auch seinerseits zu den viel berühmten „Beschwerden“ der Reichsstände zurück. Die Beschwerden, so hatten die Unierten gesagt, müssen unter der Gunst des böhmischen Aufstandes im Sinne der Protestanten entschieden werden. Die Beschwerden, so sagten jetzt der Kaiser und Maximilian, müssen unter den kriegerischen Erfolgen gegen den Pfälzer und seine Verbündeten im katholischen Sinn entschieden werden, d. h. im Sinn einer Beschränkung des protestantischen Machtgebietes auf die engen Grenzen, die ihm durch die katholische Auslegung des Religionsfriedens gezogen sind.¹⁾ Es war nach dem Beschluß der rheinischen Stände hinsichtlich des geistlichen Vorbehaltes (S. 38) die zweite Ankündigung einer katholischen Reaktion im Reich.

Mit solchen Argumenten, hinter denen als letztes Schreckmittel die alte Drohung des Rücktritts von der Bundesleitung stand, errang Maximilian in dem am 12. März ausgefertigten Bundesabschied den Beschluß, daß die Liga dem Kaiser im Krieg gegen seine Feinde weiter beistehen solle. Die Hülfarmee wurde allerdings von 25 000 Mann auf 12 000 Mann zu Fuß und 3 000 Reiter herabgesetzt, für welche die rheinische Abteilung einen monatlichen Zuschuß von 70 000 Gulden zu leisten hatte; auch fehlte nicht die Bestimmung, daß die Bewilligung zunächst nur für sechs Monate gelte. Aber man fügte den Zusatz bei, daß, wenn es sich als notwendig herausstelle, die Armee weiter unterhalten werden solle, daß ferner der Herzog Maximilian befugt sein solle, die Zahl der Truppen im Notfall zu vergrößern und über ihre kriegerische Verwendung — in erster Linie für den Schutz der Verbündeten, in zweiter für die Unterstützung des Kaisers — selbständig zu entscheiden. Es waren Beschlüsse, mit denen der bairische Herzog hätte zufrieden sein dürfen, wenn nur zugleich der störrische Widerstand der Stände gegen die wirkliche Zahlung ihrer Beiträge hätte überwunden werden können. Jedenfalls lag der unwiderbringliche Nachteil vor, daß bis zum Tage, da diese Beschlüsse gefaßt wurden, Ungewißheit über den Fortbestand der Ligaarmee geherrscht hatte.

¹⁾ Der Kaiser an die Ligisten, 1621 Febr. 1. (v. Arctin, Beil. S. 102) Maximilian an seine Gesandten, Febr. 11 (S. 101), Febr. 26 (S. 112). Instruktion desselben für Preysing, Juni 10 (S. 125).

Während aber so die Kaiserlichen und die Spanischen, die Baiern und die Sachsen in ihrer Thatkraft sich gelähmt sahen, wurde von seiten der Pfälzer ein nachhaltigerer Widerstand ins Werk gesetzt, als man hätte erwarten sollen. Am 14. April 1621 langte Friedrich V. von seinen Irrfahrten im Haag an. Hier einen festen Aufenthalt zu nehmen, wurde ihm nicht nur durch die verwandtschaftliche Teilnahme seines Oheims, des Prinzen Moriz von Oranien, sondern vor allem auch durch das staatliche Interesse der Generalstaaten ermöglicht, und hier nun konnte er eine Eigenschaft bethätigen, die ihn bei aller inneren Leerheit seinen Feinden furchtbar machte, nämlich das zähe Ausharren in der politischen Rolle, die ihm zuerteilt war. Er hatte diese Eigenschaft zuerst und sofort in der Frage des Ausgleichs mit dem Kaiser zu bethätigen, einer Frage, deren sich inzwischen vor allem der englische König bemächtigt hatte.

Wenn damals Friedrich sich dazu verstanden hätte, in unzweideutiger Erklärung nicht nur die böhmische Krone, sondern auch seine böhmischen Unterthanen und Genossen voll und ganz dem Kaiser preis zu geben, unter der Bedingung, daß ihm seine Erblande und seine Kur ungeschmälert verblieben, so würde, wie zur Zeit die Lage war, nicht nur England, sondern allem Anschein nach auch Spanien für diese Lösung eingetreten sein, und vielleicht hätte es dann geschehen können, daß beide den Kaiser gewannen, und daß Maximilian von Baiern um seine Aussichten auf die pfälzische Kur und die pfälzischen Lande betrogen wurde. Allein wenn es auch die Politik der Pfälzer war, die Bedingungen des Ausgleichs nach der wechselnden Gunst oder Ungunst der Verhältnisse bald übermütig hoch, bald wieder niedrig zu stellen, so bestanden sie mit ehrenhafter Festigkeit auf einer Forderung: auf der Amnestie für die Unterthanen der böhmischen Krone, welche ihr Geschick mit demjenigen Friedrichs V. verbunden hatten.¹⁾ Und schon diese eine Forderung genügte, um dem Kaiser die Ablehnung der Vergleichsvorschläge zu ermöglichen, anderseits aber auch dem pfälzischen Kurfürsten die Fortführung des Krieges aufzuerlegen.

Zur diplomatischen Vorbereitung neuer Kämpfe konnte nun Friedrich keinen besseren Standort als im Haag finden; denn hier war der Sammelplatz der Vertreter aller antispänisch gesinnten Mächte; hierher waren ihm auch, während an der Spitze der Heidelberger Kanzlei der ruhig feste Kanzler v. d. Grün blieb, einige seiner Räte gefolgt. Er konnte also mit seinem Großhofmeister Abrecht von Solms und seinem Hofrichter Andreas Paul eine Art von Regierung einrichten, während Camerarius und Rusdorf (S. 120) ihm für die immer neuen gesandtschaftlichen Aufträge zu Gebote standen. Zugleich aber kam ihm von anderer Seite her noch eine ganz eigenartige Strömung der Zeit entgegen, um ihm die Streitkräfte, die er brauchte, ohne große Bemühung zuzuführen.

In der großen Erprobung des letzten Jahres waren die bisherigen Vertreter der Kriegskunst der Union zu leicht befunden: einschmeichelnde Intriganten, wie der Fürst Christian von Anhalt, und prahlende Phantasten, wie der Mark-

¹⁾ Man könnte diesen Punkt in der Aufstellung der Bedingungen vom 12. Juni 1621 (Gindely IV 577) vermissen. Daß er aber auch damals nicht übergangen wurde, ersieht man aus den Verhandlungen (a. a. O. S. 167, 168).

graf Joachim Ernst von Ansbach, traten geräuschlos vom Schauplatz ab. Aber an ihre Stelle führte der lange niedergehaltene, jetzt mächtig erwachende kriegerische Geist des deutschen Fürstentums und Adels eine neue Generation von Männern, die ihren Lebenszweck aus der besonderen Art des damaligen Kriegswesens entnahmen, Männer von harter Thatkraft, ohne zarte Gewissensbedenken und ohne schwankende Reflexion. Das damalige Kriegswesen brachte es mit sich, daß der Oberst, der ein oder einige Regimenter, der Rittmeister, der eine oder einige Reitercompagnieen anwarb und dabei neben den Geldern und dem Kredit seines Kriegsherrn oft genug seine eigenen Mittel und seinen eigenen Kredit zusetzen mußte, die Thätigkeiten des finanziellen und organisatorischen Gründers mit der des militärischen Führers seines Truppenteils verband, daß er also durch die doppelten Wagnisse der kriegerischen und der finanziellen Unternehmung angestachelt wurde, und dies um so mehr, da er in der Verfügung über den von ihm geschaffenen und durch seine Vermittelung unterhaltenen Truppenteil einer großen Selbständigkeit sich bewußt war. Das waren Reizmittel, welche bei dem jetzt in Deutschland ausbrechenden Krieg die Jugend im Fürstenstand und Adel fortrissen.

Da waren im herzoglichen Haus von Sachsen-Weimar acht Brüder zu versorgen. Als Friedrich V. die böhmische Krone angenommen hatte, entschloß sich der älteste von ihnen, Johann Ernst, im Dienst des neuen Königs ein Infanterieregiment aufzustellen, und mit ihm zogen seine beiden im Alter folgenden Brüder, Friedrich und Wilhelm, in den böhmischen Kriegsdienst. Die Landesregierung wurde einem der jüngeren Brüder, dem Herzog Ernst, übertragen, dessen vorsichtige Neutralität das fürstliche Haus vor dem Verlust der Lande zu schützen hatte. Als dann die Schlacht bei Prag verloren war, folgte Johann Ernst dem gefallenen König nach dem Haag, um vorläufig im Heer der Generalstaaten eine Compagnie Kürassiere zu führen, während seine beiden Brüder im Heer des Grafen von Mansfeld neue Kommandos übernahmen. Der älteste dieser Weimarer Brüder trug höhere Gesinnungen in das Kriegerleben hinein. Durchdrungen von Anschauungen, die einst der Leiter seiner Studien, Friedrich Hortleder, der Geschichtschreiber des schmalkaldischen Kriegs, ihm eingepflanzt hatte,¹⁾ betrachtete er die von den Pfälzern verfolgten Ansprüche protestantischer Macht und reichsständischer Freiheit als ein kostbares Recht, an dessen Behauptung er sein Leben zu setzen beschloß. Und wenn dieser Beschluß ihn bald in den schärfsten Gegensatz zu dem sächsischen Kurhause brachte, so durfte er sich dafür der Hoffnung hingeben, mit der allgemeinen Sache die besondere seines Hauses zu verbinden und den alten Länderraub der Albertiner an den Ernestinern wieder wett zu machen. Der höhere Schwung seines Wesens zeigte sich auch darin, daß er gleich manchen seiner Standesgenossen die Vorliebe für höhere geistige Beschäftigung über dem Lärm der Waffen nicht ganz verlor. Wie der Sohn Christians von Anhalt in freien Stunden sich wohl mit einer Predigt Taulers oder einer moralischen Abhandlung Senecas beschäftigte,²⁾ so kaufte

¹⁾ Vgl. meine Abhandlung im Neuen Archiv f. sächsische Gesch. I S. 188.

²⁾ Kaufe, Tagebuch Christians d. j. S. 42, vgl. S. 38. Ueber Johann Ernst vgl. seinen Brief vom 18. Juli 1621 bei Hellfeld S. 392.

sich Johann Ernst im Haag, bei seinem Eintritt in die niederländischen Dienste, ein Exemplar von Ciceros Briefen, um seinen Geist zu erfrischen und zu stärken, nicht freilich ohne zu bemerken, daß er es weniger mit der von Cicero bethätigten wetterwendischen Staatsraison, als mit der in den Schulen gelehrten Pflicht der Befolgung fester Grundsätze halte.

Indes eine solche Verebelung des Kriegshandwerks war nicht die Regel. In einem anderen norddeutschen Fürstenhaus z. B., dem der Herzöge von Lauenburg, waren sechs Söhne zu versorgen. Während nun der älteste, Herzog August, die Landesregierung übernahm, trat von den jüngeren Brüdern Julius Heinrich sofort nach dem böhmischen Aufstand in kaiserliche Dienste und zog, da ihm zwei Regimenter übergeben wurden, zwei weitere Brüder, Rudolf Maximilian und Franz Albert, als seine Oberstlieutenants nach sich; nur einer der Brüder, Franz Karl, hielt sich dagegen an seine Glaubensgenossen und fand erst im Heer der Union, dann in den Kriegsscharen Mansfelds ein Kommando.¹⁾ Bei derartigen Entscheidungen, die eine Familie in entgegengesetzte Lager zog, ohne sie eigentlich zu entzweien, waltete der Gedanke vor, daß der Kriegsberuf als solcher dem Leben seinen vollgültigen Inhalt und Schwung gebe. Und so starken Reiz übte diese Anschauung auf die Gemüther aus, daß in dieser Zeit, da die adeliche Gesellschaft für die verschiedensten Zwecke, die ihre Mitglieder zusammenführten, sogenannte Orden zu stiften liebte, Herzog Wilhelm von Weimar im Jahr 1621 daran gehen konnte, einen Orden zu Ehren des Soldatenlebens zu gründen. Die beiden Grundbestimmungen dieses „Ordens der Beständigkeit“ legten den Mitgliedern den Krieg als Lebensberuf auf und daneben die Pflicht, in beweisbarer schwerer Verlegenheit sich Kredit zu gewähren. Krieg und Kredit waren eben nicht von einander zu trennen. Natürlich schloß diese Wertschätzung des Kriegsberufes an sich die Rücksicht auf die höheren Zwecke desselben nicht aus. Allein maßgebend war diese Rücksicht nicht; eher drängte sich ein anderer Zweck in den Vordergrund. Jene Verbindung von kriegerischem Kommando und geschäftlichem Unternehmertum, welche für den Offizier ebenso kennzeichnend war, wie für den gemeinen Soldaten die Verbindung von Kriegspflicht und Dienstmiete, rief die Gier der Bereicherung bis zum gemeinen Profitmachen wach. Wie der Soldat nach Plünderung und Beute ausschaute, so warb der Offizier bei seinem Kriegsherrn nach der sogenannten Recompens, in Gestalt von barem Geld, von Landschenkungen und Standeserhöhungen; die primitive Einrichtung, welche die Unterverteilung des Soldes den Befehlshabern der Regimenter, Fähnlein und Compagnien in die Hand legte, hatte im Verein mit einer Menge ähnlicher Einrichtungen eine Tradition der Uebervorteilung und des Unterschleifs hervorgerufen, der sich auch die besseren Mitglieder des Standes nicht leicht entziehen konnten. Schon beim Beginn des verwildernden Krieges und in der verhältnismäßig achtbarsten Armee des Herzogs Maximilian konnte am Schluß des böhmischen Feldzuges ein Beamter sagen: der sei ein schlechter Oberst oder Hauptmann, der in diesem Krieg nicht mindestens 30000 Gulden erbeutet habe.²⁾

¹⁾ Rommel VII S. 59, 71. Reichenstein, Feldzug von 1622, I S. 50.

²⁾ Gindely, Gegenreformation in Böhmen S. 7. Leider ohne Angabe des Aktenstückes.

Dieser kriegerische Geist, zum Teil von höheren Bestrebungen getragen, vor allem aber durch Wagemut und sündiges Unternehmertum, durch Beutelust und weites Gewissen gekennzeichnet, war es nun, welcher dem gestürzten Böhmenkönig neue Streitkräfte zuführte. Unter denen aber, die so ihren Arm darboten, gab es einen Mann, der es allen militärischen Abenteurern zuvorthat, sowohl durch Verwegenheit, Verschlagenheit und Freiheit von Gewissensbedenken, wie auch durch die jetzt bei ihm hervortretenden Eigenschaften des bedeutenden Feldherrn und großen Organisators: es war Ernst von Mansfeld.

Als Friedrich V. aus Böhmen entfloh, fand sich Mansfeld noch in jenen Ausgleichsverhandlungen mit dem Kaiser und dem Herzog von Baiern. Trotz der Wendung, welche die Dinge durch die Schlacht auf dem Weißen Berg erhielten, wurden diese Verhandlungen so weit fortgeführt, daß, wenn es Mansfeld nur auf die Zahlung oder auf eine mäßige Erhöhung der vorher von ihm verlangten Summe ankam, der Ausgleich gesichert schien.¹⁾ Aber Mansfelds Ehrgeiz war auch auf Standeserhöhung und ein großes Kommando gerichtet, und dazu scheint man am kaiserlichen Hof, wo überhaupt die Stimmung gegen ihn feindseliger wurde,²⁾ keine Neigung gehabt zu haben. So schaute der Abenteurer denn nach anderen Feldherrnbestellungen aus: bei Savoyen, bei den Generalstaaten, bei Venedig. Aber nur einer war bereit, sich seiner zu bedienen, der flüchtige Böhmenkönig. Der schrieb ihm bereits am 26. November, daß er ihm das Kommando zur Beschützung der von Böhmen und Baiern her bedrohten Oberpfalz zu übertragen gedenke, und am 12. Februar 1621 wies er ihm den Oberbefehl über alle seine Streitkräfte in den böhmischen Kronlanden zu. Es war ein armer Kriegsherr, den Mansfeld hiermit gewann; aber im Dienst desselben fand er eines, was er vor allem begehrte, nämlich die freieste Bewegung in Kriegführung und Unterhandlung — ließ er doch die in der nächsten Zeit gesammelten Truppen nicht dem angeblichen Kriegsherrn, sondern sich selber schwören —;³⁾ er sah jetzt ferner vor seinem maßlos steigenden Ehrgeiz die Hoffnung aufgehen, daß im Fall der Erhebung der pfälzischen Sache eine Umwälzung im Bestand der deutschen Fürstentümer erfolgen mußte, die dem siegreichen Vorkämpfer dieser Sache noch ganz anderen Gewinn in Aussicht stellte, als das kleine Marquisat, das er in Italien davongetragen hatte. Und so nahm er die Stelle an und mit der Stelle das Wagnis, aus den kläglichen Heeres-

¹⁾ Das Schreiben Haimhausens, 1620 Dez. 2 (Gindely IV S. 569) scheint an die Abmachung über 400 000 Gulden (S. 103) anzuknüpfen. Da von dieser Summe 100 000 Gulden gleich gezahlt waren, so wird nunmehr ausgemacht: von dem Rest werden 200 000 bar, 100 000 durch Verschreibung berichtigt. Hierauf Maximilians Erklärung (Dez. 25, Gindely S. 571): er sei bereit, die auf ihn fallende Rate von 100 000 Gulden um die Hälfte zu erhöhen und für die auf den Kaiser fallende Leistung einzustehen. In der That hatte Mansfeld inzwischen (Dez. 11, S. 570) seine Forderung (von den restierenden 300 000 Gulden) auf 400 000 erhöht. Daher die Bemerkung Waldsteins (1621 Jan. 20 S. 573): er begehre „über vorige Summen noch 100 000 Gulden“. — Uebrigens sind die Aufschlüsse über die ganze Verhandlung noch sehr ungenügend.

²⁾ Zeibler, 1621 Jakt. 3. (Gindely IV S. 573.)

³⁾ Villermont I S. 314.

trümmern, die in Böhmen noch für Friedrich V. kämpften, eine Armee zu bilden, mit der er Tilly entgegenzutreten vermochte.

Aber wie zu den umfassenden Truppenwerbungen, die hierfür erforderlich waren, gelangen? Jeder Landesherr war verpflichtet, seine Gebiete den Werbungen des geächteten Generals und seines geächteten Fürsten zu schließen. Geld hatte weder er noch sein flüchtiger König, und von befreundeten Mächten waren es am Ende nur die Generalstaaten, die etwas gewährten, und auch diese unter welchen Schwierigkeiten! Von den für die Böhmen bewilligten Monatsgeldern (S. 35/36) waren, als der Zusammenbruch von Friedrichs Herrlichkeit erfolgte, einige Beträge rückständig. Diese nun beschloßen die Generalstaaten zunächst für ihre eigenen Truppen zu verwenden, dann aber, auf einen Hülfseruf Mansfelds, stellten sie im März 1621 aus dieser Summe einen einzigen Monatsbetrag, also 50 000 Gulden, für diesen Kriegsführer bereit. Drei Monate später rang ihnen Friedrich V. den weiteren Beschluß ab, noch einmal 150 000 Gulden zu spenden, dann weiter für die letzten drei Monate des Jahres 1621, für drei Monate des Jahres 1622 und schließlich für Mai, Juni und Juli desselben Jahres bewilligten sie tropfenweise die alten Monatssubsidien von je 50 000 Gulden.¹⁾ Zu diesen Beisteuern kamen dann die allerdings noch ausgiebigeren Leistungen der Regierung und Stände der Oberpfalz hinzu — bloß an barem Geld zahlten sie bis zum 1. August 1621 an die 330 000 Gulden —;²⁾ allein dies alles reichte bei weitem nicht aus, um die Kosten der Unterhaltung, am wenigsten um die sofort erforderlichen Kosten der Truppenwerbung zu bestreiten.

Und dennoch, all' diese Schwierigkeiten der Gesezwidrigkeit und des Geldmangels wußte Mansfeld zu überwinden. Er fand Oberste und Hauptleute, welche in den verschiedensten, besonders norddeutschen Gebieten des Reichs für ihn Truppen warben, bald unter Begünstigung, bald unter feigem Geschehenlassen der Landesregierungen. Bis zum Sommer 1621 brachte er eine Armee zusammen, die neun Regimente zu Fuß mit 60—70 Fähnlein, fünf Regimente zu Pferde mit 30—40 Compagnien, im ganzen mindestens 10 000 Mann zählte.³⁾ Mit welchen Künsten — durch Verwertung seines eigenen Credits und desjenigen der Offiziere, durch Gewinnung der Soldaten mit kleinen Anzahlungen und großen Verheißungen — diese Heereserschöpfung ermöglicht wurde, entzieht sich der näheren Kenntnis; gewiß war sie nur einem an Thatkraft und Auskunftsmittein unerschöpflichen Geiste möglich.

Allerdings unter den Auskunftsmittein gab es eines, welches schrecklich war: es hieß Ernährung und Bezahlung der Armee durch gewaltfames Zugreifen. Die befreundeten Lande mußten sich mindestens zur Lieferung von

¹⁾ Die Beweise dieser Angaben finden sich in den Resolutionen der Staaten von Holland. — Vgl. Nihema I S. 48b. Willermont I S. 331, 365, 368, 374, 377; II S. 44.

²⁾ Heilmann II 2 S. 857.

³⁾ v. Reitzenstein S. 126—30, 167—68, 175—76. Durchschnittszahl eines Fähnleins im Frühjahr 1622 auf 120 Mann (Ende 1621 nur auf 80—100), einer Comp. auf 80 Mann (Ende 1621 auf 50—60) geschätzt. (v. Reitzenstein, Feldzug von 1622, II, S. 111—12, 27.) Die höhern Ziffern in dem Verzeichniß vom März 1621 (Feldzug von 1621 S. 84) geben wohl nur das Soll.

Proviand verstehen; für die gegnerischen Gebiete kam als mildeste Maßregel die Brandschatzung hinzu, in der Regel aber auch Raub, Plünderung und die Bestialitäten, welche beides zu begleiten pflegten. Die Greuel der ligistischen und die größeren Schandthaten der kaiserlichen Truppen wurden nochmals überboten durch die Mansfelder Banden. Der Führer selber hielt sich von dem Uebermaß des Raubes und der Ausschweifung zurück; aber sein verwildertes Gemüt blieb den Scheußlichkeiten der Soldaten gegenüber kalt, weil seine Zwecke es so mit sich brachten. Seine Strenge und seine Macht über die Soldaten sparte er lieber für dringendere Erfordernisse seiner Kriegführung. Wie er sich zwischen überlegenen Feinden bewegte, so war seine Kriegführung bald die der Ueberraschung, indem er an Orten aufsuchte, wo ihn der Gegner am wenigsten erwartete, bald die der Verteidigung, indem er sich an wohl gewählten Plätzen hinter festen Verschanzungen barg. Da mußten die Truppen bald schwere Marschleistungen, bald harte Arbeit mit Spaten und Hacke auf sich nehmen, immer in rascher und sicherer Bewegung ihre Ueberlegenheit über den Feind suchen. Anstrengungen und Entbehrungen wogen auf, was ihnen an Raub und tierischen Genüssen nachgesehen wurde.

Bei dem neuen Feldzug war es die nächste Absicht Mansfelds, sich in Böhmen zu behaupten. Indes bei dem Versuch, seine Stellungen im Egerer und Elbogener Land zu kräftigen, sah er sich durch die von zwei Seiten anziehenden bairischen und sächsischen Streitkräfte schon in der ersten Hälfte des Februar 1621 nach der nördlichen Oberpfalz abgedrängt, und als vollends die in Pilsen von ihm gelassene Besatzung am 26. März vor einem kaiserlich-ligistischen Belagerungsheer kapitulirte, war sein eigentlicher Rückhalt in Böhmen verloren. Er sammelte nun seine Streitkräfte in dem oberpfälzischen Gebiet zwischen der Rab im Westen und den Pforten des Böhmer Waldes, von Waldsassen im Norden bis nach Cham im Süden. Sein Hauptquartier verlegte er am 19. Juni nach Waidhaus, um hier, wo die Heerstraße von Pilsen nach der Oberpfalz aus dem Gebirge tritt, die Hauptmasse seiner Armee in einem durch Verschanzungen gedeckten Lager zu vereinigen, die Front gegen Böhmen gerichtet; denn auf eine neue Invasion Böhmens waren noch immer seine Pläne gestellt.

Allein nach der Heerstraße, die von Pilsen auf Waidhaus führte, zog jetzt auch Tilly seine Streitkräfte zusammen. Am 16. Juli fühlte er sich schon stark genug, um mit seinen an Zahl wohl schon etwas überlegenen Truppen einen Angriff gegen die Lagerfestung zu unternehmen. Hier jedoch mußte er erfahren, daß ein anderer Feldherr und ein anderes Heer ihm gegenüberstand, als auf dem Weißen Berg. In einer elf Stunden währenden Folge von Angriffen und Ausfällen wurden die Baiern zurückgeworfen. Andererseits freilich war der Erfolg Mansfelds nicht entscheidend genug, um Tilly zu hindern, in den nächsten Wochen auf den das Waidhauser Lager beherrschenden Höhen bei Rosshaupt eine nicht minder feste Stellung zu nehmen, worauf dann die Mansfelder Truppen den doppelten Verheerungen der bairischen Geschütze und der in dem engen Raum alsbald ausbrechenden Seuchen preisgegeben waren. Und schon nahte sich ihnen auch noch ein dritter Feind.

Entsprechend der Verabredung mit dem Kaiser über die Unterwerfung der

Oberpfalz, hatte sich Herzog Maximilian am 13. Juli nach Straubing begeben, um die Bildung eines zweiten kleinen Heeres zu leiten. Am 8. September war er endlich so weit damit gekommen, daß er ins Feld ziehen konnte. Ein Manifest, das er an diesem Tag an die Oberpfälzer richtete, verkündete, daß Mansfeld den böhmischen Krieg in ihr Land getragen habe, und daß darum er, der Herzog, vom Kaiser beauftragt sei, den Rebellen zu überwältigen, wo er ihn zu fassen vermöge. Daneben freilich besagte ein geheimes Schreiben des Kaisers an den Herzog vom 30. September: er solle die Oberpfalz, auch wenn sie vom Feind gesäubert sei, im Namen des Kaisers in Gehorsam nehmen und vorläufig auf den doppelten Grund hin behalten, daß der böhmische Krieg noch in der Rheinpfalz und Ungarn fortgehe, und daß die pfälzischen Lande als Pfand für die vom Kaiser aufgewandten Kosten zu dienen hätten.

Zuerst wandte sich Maximilian gegen Cham; nach achttägiger Beschießung mußte diese Festung sich am 25. September ihm ergeben. Wie er nun von Süden her gegen Mansfeld anzog, hätte dessen Lage eine sehr bedrängte werden können —, wenn nicht der verschlagene Condottier zeitig für eine andere Deckung gesorgt hätte. Im Juni, als die erste größere Beisteuer der Staaten noch nicht gesichert, und Mansfeld über die Zahlungsunfähigkeit seines Kriegsherrn in grimmiger Stimmung war, hatte er wiederum seine Neigung zur Ausöhnung mit dem Haus Oesterreich kund gegeben, und wiederum konnte erst die spanisch-niederländische Regierung, dann der Kaiser, endlich (seit dem 7. August) der vom Kaiser angegangene Herzog Maximilian der Versuchung nicht widerstehen, einen Kaufhandel zu schließen. Das nächste Ergebnis war, daß in den Tagen, da sich Maximilian zur Belagerung von Cham anschickte, zwischen Tilly und Mansfeld eine thatfächliche Waffenruhe eintrat. Unter dem Schutz derselben kam sodann zwischen Maximilian und Mansfeld ein Vertragsentwurf zu stande: gegen eine gewaltige Geldzahlung — schließlich wurde sie auf 1 400 000 Gulden gesetzt — sollte Mansfeld die Oberpfalz und die wenigen in Böhmen noch besetzten Plätze räumen und seine Armee entweder auflösen oder in des Kaisers Dienst geben. Im unmittelbaren Gefolge dieser vorläufigen Verständigung räumte alsdann Mansfeld vom 20. September ab das Waidhauser Lager und zog sich in westlicher Richtung über die Nab nach der Rednitz zu rückwärts, während die ungehindert vorgehenden Truppen Maximilians und Tillys sich bei Neundorf an der Schwarzach vereinigten, um über die Nab gegen Amberg, den Sitz der oberpfälzischen Regierung, vorzugehen.

Angeblich sollte diese Verschiebung der Truppen den endlichen Ausgleich zwischen Maximilian und Mansfeld vorbereiten. Allein bald zeigte sich's, daß sie dem letzteren ganz besondere Vorteile einbrachte. Zuerst befreite er sich ungestört aus seiner unhaltbar gewordenen Stellung in Waidhaus, sodann gewann er freie Hand, um der inzwischen hoch bedrängten Rheinpfalz zu helfen. Hier nämlich hatte der spanische General Corduba einige Wochen nach Ablauf des bis zum 1. August erstreckten Waffenstillstandes auf Andringen Maximilians den Krieg wieder eröffnet und am 29. September die Belagerung der Stadt Frankenthal, einer der drei vornehmsten Festungen des Landes, begonnen. Es sah mithin so aus, als ob zugleich mit den oberpfälzischen auch die rheinischen

Land Friedrichs V. verloren gehen sollten. Da aber, am 10. Oktober, brach Mansfeld von seinem in Neumarkt genommenen Quartier auf und zog an Nürnberg vorbei in Silmärschen nach der Rheinpfalz. Am 23. Oktober erschien er vor Mannheim, am 25. überschritt er, vereint mit rheinpfälzischen Truppen, den Rheinstrom und nötigte den überraschten Corduba, von dem schwer bedrängten Frankenthal in sein festes Lager bei Oppenheim zurückzuweichen.

Natürlich gab Mansfeld mit dieser Verlegung des Kriegs den Vertrag mit Maximilian preis, und alsbald wurde auch die Vermutung laut, daß er die Verhandlung von Anfang an nur geführt habe, um seinen Gegner zu betrügen. Aber nicht ausgeschlossen ist es, daß er in der Zeit vom Juni bis September die Möglichkeit des Uebertritts zum Kaiser ernstlich ins Auge gefaßt hatte, und dies um so mehr, da er sein Talent, sich mit jedem zu überwerfen, auf dessen Willen er Rücksicht nehmen sollte, auch der oberpfälzischen Regierung gegenüber bewährt hatte.¹⁾ Vielleicht haben dann Nachrichten über die fürs letzte Jahresviertel wieder gesicherten niederländischen Hilfsgelder oder die geringen Aussichten des von England betriebenen Waffenstillstandes, der für seine vom Krieg lebende Armee verderblich gewesen wäre, ihm den Mut zur Wiederaufnahme des Kriegs zurückgegeben.²⁾

Anderseits brachte freilich Mansfelds Abzug einen augenblicklichen Vorteil auch dem Herzog von Baiern, da die Oberpfalz ihm jetzt preisgegeben war. Schon am 29. Oktober bevollmächtigte der Herzog zwei Räte, um das Land in des Kaisers Pflicht und unter herzogliche Verwaltung zu nehmen: ein zweites Unterpfand für seine Entschädigung und Belohnung. Um so schwerer jedoch fiel der Nachteil der Wendung des Kriegs auf die rheinischen Mitglieder der Liga, die sich plötzlich von Mansfelds plündernden Banden bedroht sahen, und auf den spanischen General, der sich auf einmal eine verdoppelte Feindesmacht gegenüber hatte. Laut genug erscholl dann auch aus diesen Kreisen die Klage über die langsame und schlaffe Kriegführung Maximilians, der die Zeit bis zum September gebraucht hatte, bis er überhaupt gegen Mansfeld anzog, dann aber mit dem Feind lieber unterhandeln als schlagen wollte; — worauf Maximilian freilich mit gleichen Klagen über die faumselige Kriegführung der Spanier antwortete.

Um indes an dem Platz, nach dem sich nummehr der Hauptkrieg gezogen hatte, nicht zu fehlen, ordnete Maximilian den General Tilly mit etwa 11 000 Mann nach der Rheinpfalz ab, nicht ohne sich vorher seine kaiserliche Kommission, wie vorher von Böhmen auf die Oberpfalz, so jetzt auf die Rheinpfalz ausdehnen zu lassen. Am 8. November erschien denn auch Tilly bereits in der Nähe des Rheinübergangs, den sich die Spanier bei Rheindürkheim, unterhalb Worms, durch Besetzung der gegenüberliegenden Festung Stein gesichert hatten. Am 12. November nahm er, durch spanische Truppen verstärkt, die Neckarstadt Ladenburg ein und schob sich damit zwischen die beiden Hauptfestungen Heidelberg und

¹⁾ Vgl. seine Schreiben vom 11., 19. (?) Okt., 10. Nov. bei Gardiner IV 217, Heilmann II 1 S. 112.

²⁾ Schwerlich dagegen das Zureden des englischen Gesandten Digby (Gindely IV S. 211), da es von keinen Zahlungen begleitet war. (Gardiner IV S. 223 Anm. 1.)

Mannheim. Dann aber, da sein Wunsch, die versäumte Gelegenheit zum Schlagen mit Mansfeld nachzuholen, durch Cordubas Vorsicht vereitelt wurde, konnte er den Rest des ablaufenden und den Anfang des neuen Jahrs nur noch benutzen, um feste Stellungen zu ergreifen. Wie die Spanier die nördliche Hälfte der Pfalz links des Rheins, so besetzte er die rheinpfälzischen Gebiete nördlich des Neckar. In einem Bogen um Heidelberg reichten seine Besatzungen von Ladenburg am Neckar im Westen bis zur Reichsstadt Wimpfen am Neckar im Osten; nördlich schoben sie sich in den Odenwald, an den unteren Main, bis in die Wetterau.

Aber inzwischen war auch Mansfeld nicht unthätig gewesen. Wenige Tage vor Tillys Angriff auf Ladenburg hatte er in den rechtsrheinischen Gebieten des Bistums Speier die bischöfliche Residenz Bruchsal eingenommen; dann, an Tilly vorbeischlüpfend, war er am 24. November bei Mannheim auf die linke Rheinseite gegangen, um einen Monat später jenseits der pfälzischen Südgrenze vor Hagenau zu erscheinen. Hier war der Sitz der Landvogtei der zehn Elsäßer Reichsstädte, welche dem Erzherzog Leopold mit den übrigen vorderösterreichischen Landen zu teil geworden war (S. 24). Verwahrlost wie die Befestigungen waren, mußte die Stadt sich ohne Kampf am 28. Dezember ergeben; und nun hatte Mansfeld auf der linken und rechten Seite des Rheins je eine Position, die er zu besetzen nicht unterließ. Als Verbindungsglied diente ihm die pfälzische Stadt Germersheim, wo er den Rheinübergang durch Anlage einiger Befestigungswerke sicherte. Weittragend für die Zukunft schien es aber zu sein, daß Bruchsal wie Hagenau eigentliche Eroberungen in geistlichem und österreichischem Gebiet waren. Mußten sie dem Grafen von Mansfeld nicht in ähnlicher Weise als Unterpfand dienen, wie die Oberpfalz dem Herzog von Baiern?

Allerdings, im großen Zusammenhang der kriegerischen Erfolge nahm sich dieser Vorstoß der Feinde des Kaisers nicht eben bedeutend aus. Wenn man bei Ablauf des Jahres 1621 die Gesamtlage überblickte, so trat doch alles vor den Triumphen des Kaisers zurück. Abgesehen von der Hauptstadt der Grafschaft Glatz, die noch bis zum 28. Oktober 1622 sich hielt, waren damals die böhmischen Kronlande ihrem ganzen Umfang nach ihrem früheren Herrn wieder unterworfen; im Reich war die Oberpfalz in die Hände des bairischen Herzogs gekommen; es gab überhaupt innerhalb des Reiches nur noch ein größeres Gebiet, in dem sich die Feinde des Kaisers behaupteten: das war die rheinische Pfalz. Um diese mußte denn auch im Jahr 1622 noch einmal ein schwerer Waffengang unternommen werden. Wir folgen demselben, indem wir zunächst einen diplomatischen Kampf erwähnen, der ihn gewissermaßen einleitete, wie er ihn denn auch begleitete und endlich abschloß.

Der Urheber dieses diplomatischen Kampfes war wieder König Jakob I. Als dessen Gesandter, Digby, am 15. Juli jene Vermittlungsversuche am kaiserlichen Hofe begann, von denen bereits die Rede gewesen ist (S. 137), trat bald als nächstes Ziel seiner Bemühungen ein zwischen den Streitkräften Friedrichs V. einerseits und des Kaisers und seiner Verbündeten andererseits aufzurichtender Waffenstillstand hervor. Aber aufrichtigen Beifall fanden auch diese Bemühungen nur bei der spanischen und spanisch-niederländischen Regierung, weil eben hier

der Wunsch, sich von dem deutschen Kriege frei zu machen, täglich wuchs.¹⁾ Dagegen äußerte sich ein verdeckter Widerstand schon auf Seiten Friedrichs V., weil dieser Mansfelds nicht mächtig war, Mansfeld aber seine Armee nicht hätte zusammenhalten können, wenn ein Waffenstillstand ihr das Plündern und Brandschatzen gelegt hätte. Offenen Einspruch legte vollends Maximilian von Baiern ein, weil er sich in der Besitzergreifung pfälzischer Lande nicht gestört sehen wollte. Und so mußte Jakob am Ende sehen, wie man seine Vorschläge in mehr oder weniger offener Form hinausshob, zuletzt auf eine demnächst in Brüssel zu haltende Konferenz,²⁾ — wie aber inzwischen von den Landen seines Schwiegerjohns ein Stück nach dem anderen erobert wurde. Darüber wallte einmal wieder sein Selbstgefühl auf. In Erklärungen von altenglischer Grobheit beteuerte er die so oft schon in die Welt hinausgerufene Pflicht, die Erblande seines Schwiegerjohns und seiner Enkel zu schützen, ja er vermaß sich, eine Armee von 8000 Mann zu Fuß und 1600 Reitern auf den englischen Kampfplatz zu werfen. Aber auch diese undiplomatische Wendung des diplomatischen Feldzugs zog nur geringe Wirkung nach sich; wahrscheinlich ist nur, daß die Geldspenden des Königs für die pfälzischen Streitkräfte etwas reichlicher flossen; wenigstens wurde gegen Ende des Jahres 1621 die Bereitwilligkeit der Generalstaaten zu weiteren Beisteuern für den Pfälzer durch die Nachricht erhöht, daß von England 300 000 Gulden „zur Erhaltung der Pfalz“ übermacht seien.³⁾

Wichtiger jedoch, als dieses in Gesandtschaften und Briefen bestehende Eintreten, war der Fortgang des wirklichen Kriegs. Noch einmal gewann hier die Sache Friedrichs V. neue Aussichten, da zwei Fürsten für ihn die Waffen zu ergreifen wagten: Männer, in deren Charakter sich Gegensätze, wie sie zwischen Herzog Johann Ernst und Mansfeld uns begegnet sind, wiederholten.

Der eine von ihnen war Markgraf Georg Friedrich von Baden, jener Fürst, der dem matten Verhalten der Union vergeblich widersprochen hatte und unter den Unierten sowohl in der Hingabe an die gemeinsamen Ziele der Partei als auch in der unlösllichen Verbindung seiner Sonderinteressen mit dem Glück oder Unglück der Union am nächsten mit Landgraf Moriz verwandt war. Seit mehr als zwanzig Jahren schwebte am kaiserlichen Hof der Prozeß, den die Söhne des Markgrafen Eduard Fortunat um die Markgrafschaft Baden-Baden erst gegen Georg Friedrichs Vorgänger, dann gegen diesen selber führten (II 244). Nun fanden sich diese Söhne, Wilhelm und Hermann, in dem Heere, mit dem Spinola gegen die Pfalz zog, und gleich in den ersten Tagen des Anzugs, am 29. August 1620, erging auch schon ein Fürschreiben des Erzbischofs von Mainz an Ferdinand II. um Beschleunigung des so lange verschleppten Urteils in dem badischen Erbfolgestreit. Zwei Monate darauf (31. Oktober), erfolgte von Seiten des Reichshofrats eine Vorladung Georg Friedrichs, und darauf wieder von

¹⁾ Fortlaufende Korrespondenz zwischen der Brüsseler und Madrider Regierung über die englischen Bemühungen vom 4. Mai 1621 ab im Brüsseler St.A.

²⁾ Philipp IV. an Jakob, 1621 Dez. 28. (Gindely IV S. 332.) Ferdinand II. an Jakob, 1622 Jan. 14/24. (Cabala S. 241, Gindely IV S. 333.)

³⁾ Resolutionen der holländischen Staaten, 1621 Dez. 1 bis 1622 Jan. 24, S. 238. Ueber die Sendung von 30 000 Pfund vgl. Gardiner IV 229. Billermont IV S. 328 fg.

seiten des Markgrafen eine Appellation an den besser zu unterrichtenden Kaiser und die Stände des Reichs, nach deren Verwerfung der Markgraf mit derselben Sicherheit, wie Landgraf Moriz in Bezug auf die Marburger Erbschaft, die Rechnung anstellen konnte, daß das Urteil, welches ihn einen schönen Teil seiner Lande kosten werde, nur noch von dem vollen Triumph der kaiserlichen Waffen in der Pfalz abhängt. Dies und die mit dem machtvollen Emporsteigen der kaiserlichen und katholischen Sache verbundene Erregung brachte Georg Friedrich zu dem verzweifelten Entschluß, die kriegerische Aufgabe, welcher die Union sich angstvoll entzogen hatte, auf eigene Hand und mit den Mitteln seines kleinen Fürstentums zu ergreifen.

Seit dem Oktober des Jahres 1621 begann er Truppenwerbungen anzustellen, zunächst unter dem unschuldigen Vorwand, daß er sein von den heutigetierigen Kriegsscharen im Pfälzischen und Speirischen bedrohtes Land verteidigen müsse. Von kaiserlicher Seite konnte man ihm diesen Vorwand um so weniger benehmen, da zwei Monate nachher auch der Erzherzog Leopold zum Schutz seiner Elsäßer und seiner die badischen Lande durchziehenden rechtsrheinischen Gebiete ebenfalls bedeutende Truppenanhäufungen vornahm, angeblich bis zum Betrag von etwa 14000 Mann. Nun aber nahmen die in Baden und der Nachbarschaft sowohl, wie in den westfälischen und thüringischen Landen angestellten Werbungen des Markgrafen einen solchen Umfang an, daß er am 24. April 1622, als er die Armee zu einer großen Musterung in Knielingen vereinigte, eine Streitmacht von 43 Infanteriefähnlein und 27 Reitercompagnien, im ganzen etwa 11500 Mann,¹⁾ zur freien Verwendung im Feld hatte. Das war eine Truppenzahl, zu deren längerer Unterhaltung das kleine badische Fürstentum durchaus nicht im stande war; den nächsten Zweck der Sicherung der badischen Lande konnte das Heer nur dann erfüllen, wenn es mit raschen Schlägen auf eine Veränderung der kriegerischen Lage, und zwar auf eine Veränderung zum Nachteil des Kaisers und der Liga einwirkte. So tief nun auch das Dunkel ist, in welches Georg Friedrich seine weitergehenden Pläne hüllte, so gewinnen wir doch einen ersten Einblick in dieselben aus einer Botschaft, die er vor dem 19. Januar 1622 dem Landgrafen Moriz zukommen ließ: sie enthielt Angaben über die großen Truppensammlungen, die zu Gunsten des gestürzten Böhmenkönigs in verschiedenen Landen im Gange seien und im Laufe weniger Monate auf einem Punkte zusammentreffen sollten.²⁾ Es ist wohl selbstverständlich, daß der Markgraf unter diesen Streitkräften auch die seinigen einbegriff und damit den wahren Zweck derselben — Hilfe für Friedrich V. — enthüllte. Einen Monat später finden wir Georg Friedrich in einem Verkehr mit Mansfeld, dessen Anfänge vielleicht weiter zurückgreifen; Zweck desselben ist, eine Uebereinstimmung der beiderseitigen kriegerischen Maßregeln zu erzielen; das Ergebnis aber liegt vor in einem Vertrag, der am 22. April zwischen Friedrich V.

¹⁾ v. Reitzenstein, Feldzug von 1622, I S. 180 Anm. 3, und II S. 161 Anm. 3. Bei der Schlacht von Wimpfen war des Markgrafen Kavallerie um angeblich 11 Compagnien verstärkt (a. a. D.).

²⁾ Bedenken des Lgr. Moriz, 1622 Jan. 19. (Kommel VII S. 516.)

und Mansfeld einerseits und dem Markgrafen anderseits geschlossen wurde.¹⁾ Beide Teile verpflichteten sich, von Stund an den Krieg zu erklären und mit geeinten Kräften zu führen. Schutz der öffentlichen Freiheit, daneben aber auch der Lande, der Würden und der „Prätentionen“ der Verbündeten wurden als Ziele des Krieges aufgestellt.

Es war ein Fürst von religiösem Schwung, kriegerischer Durchbildung und festem Willen, den Friedrich V. hiermit als Bundesgenossen gewann. Während seines sturmerfüllten Lebens — er wurde 65 Jahre alt — hatte dieser Fürst Zeit gefunden, die Bibel achtundfünfzigmal von Anfang bis zu Ende zu lesen; daneben war seine Beschäftigung mit kriegswissenschaftlichen Werken eine so ausgiebige, daß er seine Lesefrüchte in einer großen Kompilation, die er im Jahr 1617 vollendete, zusammenstellte. Jetzt trat er in den Krieg ein mit so klarem Blick in die ernststen Folgen seines Entschlusses, daß er, um seine Erben nicht in seinen möglichen Sturz hineinzuziehen, an dem Tag jenes Bündnisses zugleich eine Urkunde ausfertigte, in welcher er seine Lande dem ältesten seiner Söhne, dem Markgrafen Friedrich, abtrat. Frei von den Sorgen um sein Haus, war er fortan bereit, die Sache, der er seinen Arm widmete, unter den gewaltigen Schwankungen eines zweifelhaften Kriegsglücks zu verfechten.

Ein Bundesgenosse ganz anderer Art, den Friedrich V. in derselben Zeit gewann, war der braunschweig-wolfenbütteler Prinz Christian. Als jüngerer Bruder des in Wolfenbüttel regierenden Herzogs Friedrich Ulrich, hatte dieser Prinz die Administration des Bistums Halberstadt gewonnen und sich hier in frühester Jugend in den widerspruchsvollen Verhältnissen bewegen müssen, welche die halb säkularisierten Stifter Norddeutschlands kennzeichneten: zwischen der protestantischen Majorität des Domkapitels und einer das katholische Wesen verwünschenden Bürgerschaft auf der einen Seite, und einer in der Minorität des Kapitels und einer Anzahl von Klöstern vegetierenden Masse von Pfründenbesitzern und Mönchen auf der anderen Seite, und dazu noch unter einer Reichsgewalt, welche den protestantischen Administrator und die protestantischen Domherren als Eindringlinge betrachtete. Vermutlich waren es die hieraus entspringenden widerwärtigen Streitigkeiten, unter denen in dem Herzog Christian die tödliche Feindschaft gegen die „Pfaffen“, d. h. gegen katholische Prälaten und Mönche, erwuchs. Jedenfalls aber war er nicht der Mann, um in jene trüben Wirren schlichtend und läuternd einzugreifen. In ihm, wie in seinem Bruder Friedrich Ulrich war der sittliche Kern des Charakters ihres Vaters entartet, und dafür der auch diesen kennzeichnende Zug von Roheit und roher Genußsucht um so üppiger entwickelt. Während aber der ältere Bruder seinen Lebenszweck in tragem Schlemmertum sah, entfaltete sich in Christian ein lebenslustiger Uebermut und ein todesverachtender Thatendrang: allerdings die einzigen lichten Züge, nach deren Wegnahme das Bild eines Buben voll gemeiner Genußsucht und grausamer Gewaltthätigkeit übrig blieb. Kaum dem Knabenalter entwachsen, bereitete er sich zum Soldatenberuf vor; und als der Krieg wirklich ausbrach,

¹⁾ Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 32 S. 24. Unterschrieben von Mansfeld und Friedrich V. Die Ratifikation Georg Friedrichs ist wohl anzunehmen.

fand er, nachdem eine Verhandlung über böhmischen Kriegsdienst sich zer schlagen hatte, in jenem Corps, welches Prinz Friedrich Heinrich im Herbst 1620 von den Niederlanden nach der Pfalz führte, eine Bestallung als Dragonerhauptmann. In die Niederlande zurückkehrend, trat er dann mit seinen Anerbietungen¹⁾ an Friedrich V. heran und erlangte von ihm im September 1621 eine Bestallung zur Werbung und Anführung von 1000 Reitern für die Verteidigung der Pfalz. Geld konnte dieser neue Kriegsherr ihm nur in kleinen Beträgen geben; aber der Dienst bei ihm war eine Anweisung auf selbständige Kriegführung mit Abenteuern und Räubereien in Fülle.

Seine Werbepläze fand der jetzt zweiundzwanzigjährige Oberst in den westfälischen und angrenzenden niedersächsischen Landen. Hier konnte er um die Mitte des Monats November in Nerzen, in dem auf der linken Weser gelegenen Calenberger Gebiet, also auf dem Boden seines herzoglichen Bruders, 18 Compagnien Reiter vereinigen, um sodann, unbekümmert um ein kaiserliches Abrufungsmandat, mitten durch die Reichslande hindurch den Weg nach dem Main und Neckar einzuschlagen. Aber dieser erste Versuch sollte nicht zum Ziel führen. Als er bis in den nördlichen Teil von Oberhessen gelangt war, trat ihm der von Tilly gegen ihn ausgesandte Freiherr von Anholt bei Kirdorf an der Oelen entgegen und brachte ihm am 20. Dezember eine so empfindliche Schlappe bei, daß er zurückwich, und zwar in der Richtung auf die zum Stift Paderborn gehörige Stadt Warburg an der Diemel. Eben diese Zurückweisung sollte ihm indes Gelegenheit geben, den wahren Charakter seiner Kriegführung zu entfalten. Da Anholt sich seiner Truppen zu weiteren Unternehmungen nicht mächtig fühlte und deshalb in der Wetterau Winterquartiere bezog, so hatte Christian freie Hand in Westfalen. Nun hatte Landgraf Moriz schon im Frühjahr 1621 die beiden Stifter Münster und Paderborn als geeignete Angriffsziele zur Ablenkung der katholischen Streitkräfte empfohlen (S. 116). Beide — Paderborn erst im Dezember 1618 — waren zu den Pfändern des Erzbischofs Ferdinand von Köln geschlagen; indem man sie traf, traf man also den Bruder des Hauptes der Liga. Einladend war es auch, daß die traurige Wehrlosigkeit, welche in den deutschen Fürstentümern herrschte, und der Abscheu der Landstände vor den Opfern, welche eine wirksame Landesverteidigung erheischte, in diesen geistlichen Gebieten kläglich noch als in den weltlichen vor Augen lag. Weit verbreitet war außerdem trotz aller Gegenreformationen die Neigung der Unterthanen zum protestantischen Wesen, wie man denn im Stift Münster zuverlässig katholische Gesinnung nur im Domkapitel und in der Hauptstadt finden wollte. Das waren nun Verhältnisse, unter denen Christian seine neueste und nächste Aufgabe zu finden glaubte. Kurzer Hand erklärte er sich als den Feind der geistlichen Stifter²⁾ und begann in diesem Sinne zu handeln.

Noch in den letzten Tagen des Jahres 1621 brach er in das Stift Pader-

¹⁾ Daß Christian der Antragsteller, Friedrich V. der Gewährende ist, scheint aus des letzteren Schreiben vom 29. Aug. und 16. Sept. 1621 hervorzugehen. (v. Arretin, Beiträge VII S. 176, 177.) Die „Kapitulation“ Friedrichs mit Christian auf 1000 Pferde ist vom 8./18. Sept. (v. Reitzenstein, Feldzug von 1622 I S. 69 Anm. 2).

²⁾ Westkamp, Christian von Braunschweig S. 64.

born ein, dessen wehrlose Regierung sofort nur den einen Rat gütlicher Abfindung wußte. Diese Abfindung bestand darin, daß, nachdem die beiden Städte Paderborn und Warburg am 22. und 27. Januar 1622 kapituliert hatten, Städte, Dörfer und Höfe den Truppen des Administrators, den mitgeführten wie den neu geworbenen, Quartier geben mußten. Weiter greifend besetzte er im kurkölnischen Westfalen das Städtchen Gesefe, nahm in den Grafschaften Mark und Lippe die vor fünf Jahren (II 417) mit spanischen Truppen besetzten Städte Lippstadt und Soest und nötigte das Stift Münster, sich mit 30000 Thalern von der Einquartierung loszukaufen, was ihn indes nicht hinderte, die östlichen Landstriche des Stiftes schwer zu bedrängen und im Mai bei einem verwüstenden Einbruch seiner Reitercharen noch einmal 10000 Thaler zu erpressen. In den Quartieren wurde überall die doppelte Kontribution der Proviantlieferung und der baren Geldzahlung erhoben, nach dem Vorgang Spinolas, aber mit einer Brutalität und Raubgier, die einen furchtbaren Fortschritt des Systems bezeichnete. Auf das Stift im ganzen, auf Städte und Ortschaften, auf Klöster und angesehene Personen wurden die Geldsteuern als Brandschakungen im wahren Sinn aufgelegt, und das Gebot durch planmäßiges Anzünden von Dörfern und Höfen, wo es Widerstand gab, eingeschärft. Dazu kamen die Schandthaten der auf Beute und Genuß sich stürzenden Söldner, die Erpressungen der Obersten und Hauptleute: sie alle wieder angefeuert durch das Beispiel ihres Generals. Während Mansfeld mitten zwischen den Greueln, die er entfesselte, für seine Person auf eine gewisse Vornehmigkeit der Worte und des Auftretens hielt, hatte Christian seine Freude an den Schrecken, die er loszulassen vermochte; er erschöpfte den Wortschatz des Böbels, um zitternden Obrigkeiten seine Greuelthaten anzukündigen oder im Kreise schlemmender Genossen sich derselben zu rühmen. Sein besonderes Verlangen war auf die Gold- und Silberschätze gerichtet, welche die geistlichen Herren seit Jahrhunderten aufgehäuft hatten. Und sein Glück wollte es, daß er in Soest den dort geborgenen Schatz des Paderborner Doms, in Paderborn kostbare Kirchengerate, an anderen Orten andere Schätze, besonders auch das große Barvermögen, das der vorige Bischof von Paderborn, Dietrich von Fürstenberg, hinterlassen, ausfindig machte. Das Geld, das er also fand oder ausmünzen ließ, belief sich auf viele Hunderttausende von Reichsthalern, ein Schatz, der in den Händen eines Generals, wie Mansfeld, der pfälzischen Sache die größten Dienste geleistet haben würde, immerhin aber auch diesen unreifen Feldherrn in den Stand setzte, eine Truppenmasse anzuwerben, die unter Einrechnung mehrerer Abteilungen, welche für Mansfeld und Baden geworben waren, sich aber seinen Scharen angeschlossen, in den ersten Tagen des Monats Mai 1622 auf 6 Regimenter zu Fuß und 13 zu Pferde mit einer Mannschaftszahl von etwa 11000 Köpfen stieg.

So rückten im Frühjahr 1622 drei Armeen für die pfälzische Sache ins Feld: in Westfalen der Herzog Christian, in Baden der Markgraf Georg Friedrich, in der Rheinpfalz der Graf von Mansfeld, der seine Feldarmee auch wieder auf etwa 13000 Mann gebracht hatte. Bei solchen Aussichten machte auch Friedrich V. noch einmal den Versuch, persönlich für seine Sache einzustehen. Von seinem Muhl im Haag schlug er verkleidet den Weg durch Frankreich ein und erschien

plötzlich am 22. April in Germersheim: wohl oder übel mußte Mansfeld ihn als scheinbaren Befehlshaber, der allerdings in Wahrheit nichts zu befehlen hatte, fortan in seinem Heere mit sich führen.

Die kaiserlichen Streitkräfte lagen inzwischen ebenfalls in drei Gebieten zerstreut: Corduba hatte sein Hauptquartier in Oppenheim, Erzherzog Leopold in Breisach, dann in Schlettstadt, Tilly endlich verlegte am 9. Mai sein Quartier nach Neckarbischofsheim. Infolge ähnlicher schlimmer Rückgänge, wie er sie im Jahr 1620 in Böhmen erfahren hatte, zählte letzterer bei Ablauf des Jahres 1621 in ungefähr 40 Infanteriefähnlein und 20 Reitercompagnien nur noch etwa 6000 Mann zu Fuß und 1500 Reiter. Erst allmählich, bis Ende April, stiegen seine Truppen infolge von Verstärkungen, die Maximilian anordnete, auf 57 Fähnlein und 31 Compagnien mit 11—12000 Mann¹⁾. Trotz dieser geringen Zahl war es indes Tilly, der dem Krieg seine Richtung gab.

Sein nächster Gedanke war, die Stadt Heidelberg, wie sie nördlich des Neckar in einem großen Bogen umstellt war, so auch im Süden einzuschließen. Im März und in der ersten Hälfte des April wurde also durch Besetzung der Plätze am Flüsschen Elsenz, von Neckargemünd aufwärts bis nach Sinsheim und Eppingen die südöstliche Verbindung geschlossen; am 20. April sodann verlegte Tilly sein Hauptquartier nach Wiesloch, um im Süden die gleiche Absperrung durchzuführen. Diese Bedrohung der pfälzischen Hauptstadt und die gleichzeitige Gefährdung und Verletzung der badischen Grenzen brachte nun sowohl den Grafen von Mansfeld wie den Markgrafen von Baden in Bewegung. In der Nacht vom 23. zum 24. April ging die Hauptmasse der pfälzischen Armee bei Germersheim über den Rhein, und schon am 26. nahm sie bei Wimpfen, ein starke Meile südlich von Tillys Lager, eine kampfbereite Stellung. An demselben Tag befand sich einige Meilen südöstlich der Markgraf von Baden auf dem Marsch gegen Eppingen und die von Tilly geschlossene Elsenzlinie. Also im Rücken und an der Seite sah der Sigageneral sich bedroht. In seiner energischen Weise suchte er sich Luft zu schaffen, indem er am 27. April seinen

¹⁾ v. Reitzenstein, Feldzug von 1622, II S. 134. Nach v. R.'s Angaben trafen bis Ende April an neuen Truppen ein: 1. Infanterie: 11 Fähnlein, die Lintelo heranzuführte (S. 78 fg.), zu denen sich ein Fähnlein Hohenzollern gesellte (S. 126; das dort noch genannte Fähnlein Schmid gehört wohl zu den alten Truppen). Ferner 5 Fähnlein vom Regiment Herberstorff (S. 80). 2. Kavallerie: 3 Compagnien Maestro (S. 79, 128); 4 weitere Compagnien desselben (S. 81). Diese neuen Compagnien würden mit den alten 20 Compagnien erst die Zahl von 27 ausmachen. Die Zahl 31 scheint herauszukommen durch Zurechnung der früher nicht berücksichtigten 4 Compagnien des alten Regiments Herberstorff (S. 107, 128, 168. An letzter Stelle sind 5 genannt). — Bis zum 6. Mai und zur Schlacht bei Wimpfen läßt v. R. die Stärke von Tillys Armee auf 48 Compagnien und 65 Fähnlein steigen. Aber seine Rechnung über die Zeit der Ankunft der weitem Zuzüge ist doch erheblichen Zweifeln ausgesetzt. Vgl. über die neuen 5 oder 6 Compagnien Herberstorff: S. 83 (die Ankunft sei „nicht ausgeschlossen“), S. 153 (die Ankunft als Thatfache genommen); über die Compagnien des Fours, Fürstenberg, Cray, Maestro: S. 81 (82?), 154, 184; über das Regiment zu Fuß Hohenzollern: S. 82, 154; über das Regiment zu Fuß Herberstorff: S. 154, 166. Ebenso zweifelhaft ist die hohe für Tillys Heer ausgerechnete Kopfzahl, die sich zusammen mit Cordubas Corps (dessen 4000 Mann zu Fuß [Documentos 54 S. 179, v. Reitzenstein II S. 151 Anm. 2] werden S. 165 auf 5000 angegeben) zu der Mannschaft Badens wie 17:10 verhalten haben soll (S. 162).

nächsten Gegner angriff. Allein von den Höhen, welche Mansfeld hinter Mingolsheim besetzt hatte, warf er die gegen ihn vorgeschickten Truppen mit empfindlichen Verlusten zurück. Es war keine eigentliche Niederlage Tillys, aber doch eine noch kräftigere Zurückweisung, als er sie bei Waidhaus erfahren hatte. Am Abend traten beide Gegner in ihre vorige Stellung zurück, um dann in der Nacht nach entgegengesetzten Richtungen zurückzuzweichen.

Tilly wandte sich, nicht weit vom Markgrafen von Baden vorbeiziehend, nach seinem äußersten südöstlichen Posten, nach Wimpfen, wo er in der Nacht vom 28. zum 29. April ankam. Von hier, wo seine Macht die protestantischen Stände des schwäbischen und fränkischen Kreises im Zaume hielt und die Pfalz nicht außer acht ließ, richtete er ein dringendes Hülfegesuch an Corduba, der noch bei Oppenheim lag. Und so bedroht erschien dem spanischen General die gegenwärtige Lage Tillys, daß er seine Sorge vor Entblößung seines weit ausgedehnten Occupationsgebietes überwand und mit 4000 Mann zu Fuß und 1300 Reitern nach Wimpfen eilte. Am 3. und 4. Mai trafen seine Hülfstruppen hier ein.

Die größte Gefahr drohte Tilly vom Markgrafen von Baden. Am 30. April, während der bairische General Zeit brauchte, um seine erschütterten Truppen in festen Stellungen zu formieren, hatte der Markgraf in der Entfernung eines kleinen Tagemarsches das Städtchen Sinsheim an der Elsenz eingenommen. Wie nun, wenn er statt dieses Aufenthaltes sich mit dem vom Kampfplatz bei Mingolsheim anziehenden Mansfeld hätte verbinden und mit überlegenen Kräften gegen Tilly hätte vorgehen können? Aber Mansfeld war zunächst nicht ins badische Lager, sondern rückwärts nach Bruchsal gezogen, um hier einen kostbaren Gewinn seines halben Sieges in Sicherheit zu bringen. Am 28. April ließ er sich von Friedrich V. die eroberten speirischen Gebiete als eigenes Fürstentum überweisen und alsbald von Rat und Bürgerschaft die Huldigung leisten. Aller Welt wurde damit kund, daß der Söldnergeneral seine Begierde auf den Erwerb eines Fürstentums gerichtet hatte —, und nicht nur auf das rechtsrheinische Land von Speier; denn schon hatte er auch gelegentlich seine Absicht kundgegeben, die Stadt Hagenau mit ihrem Gebiet nicht mehr aus der Hand zu lassen und somit auf der linken Rheinseite gleichfalls Fuß zu fassen. — Erst nach diesen Anordnungen über Land und Leute setzte Mansfeld am 29. April seine Streitkräfte wieder in Bewegung. Sein Ziel war Heilbronn, also eine Stellung gegenüber dem Heere Tillys, wie jüngst in Mingolsheim. Und wie er nun am 2. Mai in Schwaigern, zwei bis drei Wegstunden von seinem Endziel anlangte, und hier der in der Nähe lagernde Markgraf Georg Friedrich mit ihm in Beratung trat, sah es endlich so aus, als ob beide Heere verbunden und ihre überlegene Macht gegen die bairisch-spanische Armee geworfen werden sollte.

Aber nach der Konferenz geschah das Gegenteil. Der Markgraf stellte am 3. Mai seiner Armee die Gegend von Wimpfen als Ziel und brach am 5. Mai in dieser Richtung auf. Mansfeld dagegen wandte seine Front und zog am 4. Mai gegen die von Tilly und Corduba entblößte nördliche Pfalz, zunächst auf Ladenburg. Wenn man annehmen darf, daß die beiden Führer über die Zweckmäßigkeit

einer Schlacht übereinkamen, so läßt sich diese Trennung nur aus persönlichem Zwist erklären. Wenn aber der Gedanke vorwaltete, dem Feind durch kunstvolle Bewegungen den Vorteil abzugewinnen, etwa so, daß Baden die Hauptarmee festhielt, während Mansfeld in der nördlichen Pfalz wieder Boden gewann und die Verbindung mit dem von Westfalen her erwarteten Administrator Christian sicherte, so ist das Auseinandergehen sehr begreiflich. Aber in diesem Fall sorgten Tilly und Corduba dafür, daß es seinen Zweck verfehlte.

Als Georg Friedrich am 5. Mai gegen 1 Uhr in das südlich von Wimpfen liegende Gebiet, das östlich vom Neckar, südlich vom Böllinger Bach begrenzt wird, einrückte, waren beide Feldherren sofort darüber einig, daß die Entscheidung einer Schlacht unumgänglich sei. Noch am Nachmittag nahm die bairisch-spanische Armee auf den nördlich das Gelände überragenden Erhöhungen Stellung, so daß der Gegner am folgenden Tag, Freitag den 6. Mai, in das Gefecht eintreten mußte. An Zahl der Truppen scheint die katholische Armee um ein Beträchtliches überlegen gewesen zu sein; dagegen war die badische Armee, die sich auf 9—10000 Mann zu Fuß und etwa 2700 Reiter belief, mit Geschützen ungleich besser ausgerüstet, überhaupt ungewöhnlich gut ausgestattet, und ihre Führer von todesverachtendem Mute beseelt: nach dem Beispiel des Markgrafen verzehmten die Obersten die Deckung des Helms und zogen mit ihrem gewöhnlichen Gut in die Schlacht.

Unter hinhaltenden Gefechten, die mit Tagesanbruch begannen, kam um 2 Uhr die Stunde heran, da beide Heere zum entscheidenden Waffengang fertig waren. Wie nun die bairisch-spanische Armee zum Angriff vorging, sah sie die Infanterie des Feindes in einer improvisierten Festung vor sich. Um die Seiten und die Front der 5, in geschlossenen Vierecken nebeneinander stehenden Regimenter zogen sich 70 Wagen, auf denen je ein drehbarer Böller stand, und die dem Andringenden eine eisenbeschlagene Spitze entgegenstreckten; die Wagen wieder waren durch Planken mit eisernen Stacheln verbunden; in der Mitte endlich war die Reihe durch 8 schwere Feldgeschütze unterbrochen. So setzte das Zentrum dem andrängenden Feind eine gefestigte Stellung und ein gewaltiges Geschützfeuer entgegen, zugleich aber war es zur Unbeweglichkeit verurteilt; die Aufgabe des Angriffs fiel ohne seine Mitwirkung der an den Flügeln, vornehmlich am rechten Flügel aufgestellten und dem Feinde an Zahl schwerlich gewachsenen Kavallerie zu. Diese war es denn auch, die mit einem gewaltigen Ansturm gegen die auf dem linken Flügel der feindlichen Armee befindlichen bairischen Reiter den ersten Akt der Schlacht herbeiführte. Die bairische Reiterei wurde geworfen, ebenso die durch Corduba vom rechten Flügel herbeigeführten spanischen Compagnien, und schon drangen die siegreichen Scharen in die Zwischenräume der im Zentrum stehenden Infanterievierecke ein und begannen einen Teil derselben ernstlich zu erschüttern. Allein an dem Widerstand der rechts und links das Zentrum schließenden bairischen und spanischen Karrees brach sich schließlich der Ansturm, und wie hierdurch der Angriff zum Stehen kam, gelang es, die zurückgeworfene Kavallerie von neuem vorzuführen. Da mußten die aufgelösten und gelichteten badischen Reiter den Nachteil einer Gefechtsordnung erproben, welche der Infanterie das Vorgehen und die Mitwirkung

unmöglich machte; von den wieder gesammelten Reitermassen des Feindes wurden sie nicht nur zurückgetrieben, sondern förmlich zerstreut. Es konnte nunmehr der zweite Akt der Schlacht beginnen, indem Tilly und Corduba die unterbrochene Vorwärtsbewegung ihrer Armee wieder aufnahmen und gegen die feindliche Infanteriefestung richteten. Im Bewußtsein der Größe und der Ungewißheit der Entscheidung gingen beide Feldherren ihren Truppen mitten im Feindesgewühl voran; Tilly, so bezeugt Corduba selber, war entschlossen, zu siegen oder zu sterben. Und schwer genug war es auch jetzt, gegen das Feuer des Feindes voranzukommen. Als aber dieser neue Kampf eine Stunde lang geschwankt hatte, geschah es, daß in der Mitte der badischen Streiter ein paar Pulverwagen Feuer fingen. Ihre zerstörende Explosion brachte eine Verwirrung hervor, unter der die Angreifer die Wagenburg durchbrachen und die eroberten Geschütze gegen den Feind richteten. Nach einem letzten einstündigen Kampf wandten sich die badischen Truppen gegen 7 Uhr zur allgemeinen Flucht.

Der Verlust an Toten und Verwundeten zusammen mochte sich auf jeder Seite zwischen 1500 und 2000 Mann stellen. Auch die siegreiche Armee war zu erschöpft zur Verfolgung des Feindes; das geschlagene Heer aber schien so völlig aufgelöst, daß der tapfere Georg Friedrich am Tage nach der Schlacht einem Anfall völliger Entmutigung nachgab. Indes bis zur wirklichen Niederwerfung des badischen Unternehmens reichten doch die Folgen des Sieges nicht. Wenige Tage nachher, als der Markgraf in seiner Stadt Durlach die zerstreuten Truppen sich zum Teil wieder einfanden sah, erwachte seine alte Thatkraft von neuem. Am 18. Mai hatte er 6000 Mann in 5 Infanterieregimentern neu geordnet und dem Kurfürsten Friedrich V. gemeldet, daß er mit dieser Schar und mit 1000 Reitern zu ihm zu stoßen gedenke. Eine eigentliche Wendung des Krieges führte mithin die Wimpfener Schlacht nicht herbei, um so weniger, da zwei Tage nach derselben Mansfeld durch die Einnahme Ladenburgs einen nicht zu unterschätzenden Erfolg davontrug. Aber ein schwerer Schlag für die pfälzische Sache war es auf jeden Fall, daß das tüchtigste Heer, welches für sie eintrat, wenn nicht vernichtet, so doch verstümmelt war. Ob sich der Schlag verwinden ließ, hing jetzt vor allem davon ab, daß es gelang, das von Westfalen anziehende Heer Christians von Halberstadt mit den übrigen Streitkräften Friedrichs V. zu vereinigen.

Nun war allerdings der Herzog Christian am 9. Mai aufgebrochen, um zum zweitenmal den Weg nach dem Main zu gewinnen. Aber in denselben Tagen hatte der Freiherr von Anholt, der im Februar wieder nach den westfälischen Landen aufgebrochen war, seine Truppen ins Herzogtum Westfalen, weiter ins Paderbornische geschoben, während in den ersten Tagen des Monats Mai ein spanisch-niederländisches Corps unter dem Grafen von Berg über den Rhein ging und nach Heddinghausen zog. Vor diesen Streitkräften wich Christian bei Hörter über die Weser, um dann in einem großen Bogen durch die Gebiete des Calenberger und Grubenhagener Fürstentums, der Reichsstadt Mühlhausen, des Eifenacher Landes zu ziehen und erst bei Barcha sich wieder westlich nach Alsfeld und von dort südlich nach Kibda zu wenden. Hier, wo ihm der Weg nach dem Main offen war, traf er am 12. Juni ein. Schon vier Tage vor ihm

war aber auch Anholt, der von Paderborn über Gießen, auf der Sehne des von Christian beschriebenen Bogens marschierte, am Main und zwar in der Nähe von Aschaffenburg, zur Deckung des dortigen Mainzer und Würzburger Gebietes angelangt.

Aufmerksam hatte Mansfeld den Anzug Christians verfolgt, und die Vorsicht Cordubas und Tillys, von denen der eine wieder seinen Standort in Oppenheim, der andere in Wimpfen genommen hatte, schien seine Vereinigung mit dem Halberstädter zu erleichtern. Von Mannheim aus brach er am 2. Juni, nachdem er die Truppen des Markgrafen von Baden an sich gezogen hatte, plötzlich ins Darmstädtische ein und bemächtigte sich alsbald sowohl der Hauptstadt als des Regenten des Landes. Seine weitere Absicht war, den Landgrafen Ludwig zur Uebergabe seiner Mainfestung Rüsselsheim zu nötigen und hierdurch die Verbindung mit Herzog Christian zu sichern. Aber da zeigte sich's, daß die von Tilly und Corduba gewonnenen Stellungen vor allem auch zur Einkreisung Mansfelds gewählt waren. Am 9. Juni, als Mansfeld, ohne Rüsselsheim erlangt zu haben, nach Dieburg vorgegangen war, sah er von Wimpfen die Armee Tillys, vom Rheine die vorausgeschickte Reiterei Cordubas anziehen. Vor dieser Macht mußte er zurück; wie er aber in der Nacht zum 10. Juni durch die Forstler Heide zog, erlitt seine Nachhut von der anstürmenden Reiterei des Feindes so schwere Verluste, daß das Heer in halb aufgelöstem Zustand unter den Schutz von Mannheim gelangte und für die nächsten Tage unschädlich war. Darüber vollzog Tilly in Starckenburg seine Vereinigung mit der von Corduba herangeführten Infanterie, und beide wandten sich nun gegen Halberstadt.

Am 17. Juni überschritten sie bei Aschaffenburg den Main, nahmen die Abteilung Anholts nebst einem von Caracciolo aus Böhmen herbeigeführten Corps spanischer Reiterei auf und zogen Mainabwärts, die Stadt Frankfurt im Bogen umgehend, gegen Christians Armee. Es war Zeit, daß sie kamen. Denn am 16. hatte der Herzog Höchst genommen, am 20. Juni, frühmorgens, wurde er mit einer Schiffbrücke über den Main fertig und begann bereits, sein Gepäck auf die linke Seite des Flusses überführen zu lassen, als er vom Osten her die katholischen Streitkräfte heranziehen sah, wie sie die Nidda überschritten und in raschem Angriff das Schloß Rüdelsheim eroberten. Zur Abwehr des Feindes stellte sich Christian auf der Bodenerhöhung hinter dem rechten Ufer des von Norden nach Süden fließenden und bei Höchst in die Nidda mündenden Sulzbaches auf¹⁾; an seinem linken Flügel hatte er das Dorf Sossenheim, das, auf

¹⁾ Nach Cordubas Bericht (Documentos 54 S. 251) hatte Christian vor seiner Front einen Bach, der zu seiner Linken von den Bergen kam, mit wenig Wasser, aber schwer zu passierenden Ufern. Das kann nur der Sulzbach sein, der, wenn Christian seine Front gegen Osten nahm, zu seiner Linken von Norden her herabströmte. Die avenida principal (S. 253 Z. 4), d. h. el pasaje del arroyo (Z. 14) hatte er besetzt, und dieser Punkt konnte deshalb genommen und dadurch die Entscheidung herbeigeführt werden, weil Christian in Folge eines Scharmühls auf der (entgegengesetzten) rechten Seite seine Hauptkraft nach rechts zog (Z. 9 fg.). Der fragliche Punkt lag also auf dem linken Flügel. — Nach dem Bericht des Francesco Magni (vgl. Op. I S. 350 Anm.) war diese feste Stellung, deren Einnahme die Entscheidung herbeiführte, in einem den Armeen Tillys und Cordubas in gerader Richtung gegenüberliegenden Dorfe genommen. Das Dorf kann wohl nur Sossenheim gewesen sein.

der jenseitigen Seite des Bachs gelegen, den Uebergang über denselben beherrscht, stark befestigt. Er mochte an Reiterei seinem Gegner reichlich gewachsen sein, während dieser ihn an Fußvolf weit übertraf und vollends seinen drei Geschüzen die sechsfache Zahl entgegenführte. Mit Geschützfeuer wurde denn auch von Tilly und Corduba die Schlacht aus der Ferne eröffnet und stundenlang hingezogen, während das Nahgefecht nur in Form von Scharmützeln geführt wurde. Eines derselben nahm beim Dorf Sossenheim größere Dimensionen an, und daß nun nach langem Ringen den Streitkräften Christians diese deckende Stellung entrißen wurde, entschied den Ausgang des Treffens. Die Zeit benutzend, da die Hauptmacht des Feindes noch jenseits der eingeschnittenen Ufer des Sulzbachs stehen blieb, zog Christian jetzt seine Truppen in fluchtartiger Eile zurück auf Höchst, dann auf die Schiffbrücke über den Main, während aus dem Heere der Gegner erst nach Versäumnis von zwei kostbaren Stunden 1000 Mann die Verfolgung aufnahmen, und auch da nur bis zum Main. Trotz dieses einfachen Verlaufs waren indeß Christians Verluste, die er zunächst in dem Treffen, dann bei dem Drängen auf der schmalen Brücke und der Zerspaltung eines Theils der Truppen diesseits des Flusses, endlich infolge der Zurücklassung aller nicht vorher über den Fluß geschafften Bagage erlitt, außerordentlich schwer. Es war eine reichlich um ein Drittel verminderte, entblöhte und demoralisierte Truppe, die er dem Grafen von Mansfeld, der ihm inzwischen bis Bensheim entgegengezogen war, noch zu bieten vermochte. Mit diesem Haufen zog er nach Mannheim, um hier seine Vereinigung mit Mansfelds Scharen in aller Form zu vollziehen. Die siegreichen Generale dagegen zogen erst mehrere Tage später über den Main und bewegten sich ohne sondere Eile gegen Ladenburg und Heidelberg.

Ähnlich wie nach der Schlacht bei Wimpfen, trat also auch nach dem Treffen von Höchst zunächst eine Pause ein, in der die Sieger ermattet von den Besiegten abließen. Aber während dieser Pause brachen die schwachen Grundlagen der pfälzischen Heeresmacht vollends zusammen. Zuerst, und zwar noch ehe die Unheilsbotschaft von Höchst eintraf, sah der Markgraf von Baden ein, daß er seine Kräfte überspannt hatte: seine Geldmittel waren erschöpft, und seine Schulden drohten über seinen Credit zu wachsen¹⁾; mit Mansfeld mochte er sich schlecht vertragen, und gewiß widerstrebte dessen Art, die Kriegskosten zu bestreiten, seinen Begriffen von Ehre und Menschlichkeit. So, einen plötzlichen Entschluß fassend, entfernte er sich in der Frühe des 20. Juni lautlos aus Friedrichs Umgebung und sandte am 22. dem Obersten Pleikhard von Helmstatt den Befehl zu, die Abdankung seiner Truppen einzuleiten. Das war ein Verlust, der den bei Höchst erlittenen fast noch überbot. Die nächste Folge desselben war, daß die pfälzische Armee nach einem am 22. Juni zwischen Friedrich V., Mansfeld und Herzog Christian gefaßten Beschluß das rechte Rheinufer räumte, auf der linken Stromseite aber vor den spanischen Besatzungen in der nördlichen Hälfte der Pfalz nach Süden ausbog, um plündernd und brandschatzend in die schlecht verteidigten Lande des Straßburger Bistums einzubrechen. Auch

¹⁾ Vgl. v. Weech, Badische Geschichte S. 380, 383, über die i. J. 1624 von den Ständen übernommenen 450 000 und 320 000 Gulden.

Ritter, Deutsche Geschichte 1555–1648. III.

hier jedoch fand sie alsbald neue Hindernisse, und zwar zunächst solche, die aus den großen politischen Verhältnissen hervorgingen.

Jene Konferenz, welche die vom englischen König geforderte Friedensverhandlung durch Festsetzung eines Waffenstillstandes einleiten sollte (S. 151), war am 22. Mai 1622 in Brüssel eröffnet. Die Unterhandlungen führten Bevollmächtigte der Brüsseler Regierung, die zugleich im Namen des Kaisers auftraten, und Gesandte des Königs Jakob, die zugleich die Interessen des pfälzischen Kurfürsten wahrnahmen. Wie vorauszusehen, stellten sich hier sofort dieselben Gegensätze heraus, wie bei den früheren Auseinandersetzungen zwischen Digby und dem Kaiser (S. 150/151): von spanischer und englischer Seite aufrichtiges Verlangen nach unverzüglichem Ausgleich, vom bairischen Hofe Gegenwirkung sowohl gegen einen Waffenstillstand, wie gegen einen Frieden ohne vorherige Unterwerfung der pfälzischen Lande, endlich im Lager Mansfelds und seiner Gefellen die vollbegründete Einsicht, daß ein längerer¹⁾ Waffenstillstand, der ihnen das Plündern und Brandschätzen gelegt hätte, das Auseinanderlaufen ihrer Streitkräfte oder eine noch gefährlichere Meuterei derselben nach sich ziehen mußte.²⁾ Im Zusammenhang mit diesen Gegensätzen traten außerdem noch unlösliche Schwierigkeiten im besonderen hervor. Den Nutzen eines zu schließenden Waffenstillstandes erkannte König Jakob in dem Schutz des noch nicht von den katholischen Waffen unterworfenen Teiles der Pfalz gegen völlige Unterwerfung; er verlangte darum den Stillstand lediglich für den Bereich der Pfalz. Aber bestand nicht der Schrecken der Kriegführung Halberstadts und Mansfelds eben darin, daß sie unerwartet bald in dieses, bald in jenes Land der Verbündeten des Kaisers einbrachen? — so vor dem Höchsten Treffen in die westfälischen Stiftslande und ins Darmstädter Gebiet, nach demselben ins Straßburger Bistum und, wie gleich zu erzählen, in die spanischen Niederlande. Die englische Forderung enthielt also die Zumutung, daß die katholischen Mächte auf die Verfolgung ihres eignen Vorteils in der Pfalz verzichten und dafür ihr und ihrer Freunde Gebiet den Raubscharen Mansfelds und Halberstadts preisgeben sollten. Sehr natürlich, daß unter solchen Gegensätzen die Konferenz mit Ende September auseinanderging, und ihre Verhandlungen zwar nicht gebrochen, aber verschoben wurden.³⁾ Allein wenn somit die Versammlung in der Hauptsache

¹⁾ Der Waffenstillstand, über den zunächst Chichester verhandelte, sollte nur ein „Provisinalanstand“ sein, zur Anbahnung der längeren in Brüssel zu vereinbarenden Waffenruhe oder Entwaffnung. (Bericht über die Brüsseler Verhandlungen, Juni 2. Münchener St.A. 2/20. Rhevenhüller X 1773 fg.) Zu einem solchen provisorischen Stillstand — die Zeit setzte Friedrich V. auf drei Wochen an — erklärte sich Mansfeld am 15. oder kurz vor dem 15. Juni allerdings bereit, aber wohl nur, damit unter dem Schutz desselben Halberstadt seine Vereinigung mit ihm bewirken könne. (Vgl. Chichester, Juni 15. Gardiner IV S. 316. Cordubas Erklärungen: Gardiner IV S. 317.)

²⁾ Demgemäß versprach Mansfeld im Schreiben vom 22. und 25. Juni seine Unterwerfung unter die Beschlüsse der Konferenz nur unter der Voraussetzung, daß seine Interessen und Ansprüche berücksichtigt würden (Villermont II S. 53), d. h. daß vor allem Geld für seine Truppen gezahlt werde (Weston an Calvert, Juli 10. Gardiner IV S. 322).

³⁾ Isabella berichtet Sept. 29 über Westons Abschied: dejando la platica en pié, sin despedirla. (Brüsseler St.A. Secrét. d'Espagne n. 13.)

ihr Ziel verfehlte, so blieb sie doch nicht ohne eine sehr nachteilige Rückwirkung auf die Kriegsführung Friedrichs V.

König Jakob hatte seine zur Verteidigung der Pfalz gewährten Hülfsgelder (S. 151) ausschließlich zur Unterhaltung zweier Regimenter¹⁾ bestimmt, welche, ursprünglich in England und den Niederlanden für die Union geworben (S. 92, 111; 91 Anm. 3), jetzt unter dem obersten Kommando des Engländers Horatio de Vere die drei Hauptfestungen der Pfalz, Heidelberg, Mannheim und Frankenthal, beschützten. Je mehr nun bei den Brüsseler Verhandlungen die Raubzüge Mansfelds und Halberstadts zur Ablehnung des von England geforderten Waffenstillstandes benutzt wurden, um so mehr befestigte sich in Jakob die Ueberzeugung, daß die katholischen Mächte sich nachgiebiger zeigen würden, wenn jene Abenteuerer mit ihren Feldtruppen aus dem Wege geschafft, und als materieller Rückhalt der englischen Forderungen lediglich jene Besatzungen in den drei Hauptfestungen der Pfalz erhalten würden. Hierdurch aber geriet Friedrich V. in eine höchst bedenkliche Lage. Schon an sich war es nicht wahrscheinlich, daß sich seine Streitkräfte, sei es im Elsaß, sei es in der Pfalz, gegen die sie umringenden Truppen des Erzherzogs Leopold, Tillys und Cordubas noch lange zu behaupten vermochten; vollends unmöglich wurde es, wenn der König, der sein eigentlicher Schutzherr war, diese ganze Kriegsführung verwarf. Auch der Mann, auf den es am meisten ankam, nämlich Mansfeld, wurde darüber bedenklich, — nur freilich daß seine Gedanken eine ganz andere Richtung nahmen, als die des gedankenlosen Kurfürsten.

Noch während jener Kämpfe, die der Wimpfener Schlacht folgten und dem Höchster Treffen vorausgingen, hatte Mansfeld einen neuen Gewinn eingeheimst. Wie am 28. April in Bruchsal (S. 157), so hatte er nämlich am 20. Mai in Hagenau von Rat und Zünften die Huldigung eingenommen, und zwar abermals auf Grund einer Verleihung Friedrichs V., welche die Landvogtei Hagenau und dazu das linksrheinische Gebiet des Stiftes Speier seinem erträumten Fürstentum hinzufügte. Es war eine Anordnung, welche auf die Hoffnung dauernder Festsetzung am Oberrhein hinwies. Indes wie es nun einmal in Mansfelds Natur lag, entgegengesetzte Ausichten miteinander zu verbinden, so hatte er gleichzeitig wieder über Kriegsdienste, die ihn ganz anderswohin verschlagen mußten, zu verhandeln begonnen. Freilich, daß er in solche Verhandlungen eintreten konnte, erscheint auf den ersten Blick unbegreiflich gegenüber dem Urteil, welches seine Widersacher in öffentlichen Schriften über ihn zu verbreiten suchten: da erschien er als Räuber und Menschenhinder, als ein Auswurf der Menschheit und eine Schmach des Kriegerstandes. Aber anders wurde der Mann im Geheimnis politischer Geschäftsführung beurteilt: da erkannte man bei der immer drängender werdenden Nachfrage nach Söldnern und Offizieren in ihm den Meister des Werbegeschäftes, den an Auskünften unerschöpflichen

¹⁾ Genannt bei Gelegenheit ihrer Heimkehr von Carleton, 1622 Dez. 5. (Roe, Negotiations S. 111.) — Ueber Jakobs Verbot anderweitiger Verwendung seiner Gelder vgl. seine Vorwürfe an Friedrich V., 1622 Juni 13 (Söttl III S. 84; vgl. Villermont II S. 45; Gardiner IV S. 319 Anm. 1) und Friedrichs Rechtfertigung, Juni 25, 26. (Söttl III S. 85.)

Führer verzweifelter Unternehmungen, einen General, dessen Dienste es wert waren, daß man vor den namenlosen Greueln, die sie begleiteten, seine Augen schloß; er konnte sie ja selber verantworten. In diesem Sinn hatten ihn schon zu Anfang des Jahres 1622 die Republik Venedig und der König von Frankreich durch ein Jahrgeld und eine allgemein gehaltene Bestallung für eventuellen Gebrauch sich verpflichtet.¹⁾ Um dieselbe Zeit hatte die Brüsseler Regierung unter Zustimmung des Baiernherzogs wieder eine langatmige Verhandlung zur Erkaufung des Generals begonnen, und als Mansfeld noch im Elsaß stand, begaben sich Abgeordnete der französischen Hugenotten zu ihm, um mit Hilfe seiner Armee den in Frankreich im Jahr 1621 wieder ausgebrochenen Religionskrieg noch in letzter Stunde zu ihren Gunsten zu wenden. Solchen Aussichten gegenüber wog nun Mansfeld die militärische Lage am Oberrhein ab; und er sah ein, daß in der Pfalz und dem Elsaß seines Bleibens nicht mehr war, daß folglich zur Fortführung seines Kriegshandwerkes ein anderes Feld gesucht werden müsse.

Demgemäß wandte er sich zunächst an den zahlungsunfähigen Friedrich V. mit der Vorstellung, daß das Dienstverhältnis zu ihm, wenigstens zeitweilig, zu lösen, und der Krieg am Oberrhein aufzugeben sei: er könne ihm besser dienen, bemerkt er, wenn er seine Feinde anderwärts beschäftige.²⁾ Der Kurfürst konnte natürlich nicht anders als ihm und zugleich dem Halberstädter am 13. Juli einen ehrenvollen Abschied erteilen, um dann selber sich zunächst in den Schutz des Herzogs von Bouillon zu flüchten. Während nun aber Friedrich in Sedan erschien, ohne daß ein einziger seiner Untergebenen ihn begleitet hätte, bewegte sich Mansfeld nebst dem Halberstädter an der Spitze seiner jetzt auch dem Namen nach nur von ihm abhängigen Armee von Zabern durch das lothringische Gebiet gegen die Maas, die er bei Stenay erreichte (8. August), um hierauf in die Grenzgebiete der Champagne einzubringen und erst bei Mouzon, dann bei Sedan sein Lager zu schlagen (bis 25. August). Weder Lothringen noch Frankreich waren schlagfertig genug, um ihm den Weg zu versperren. Auch er suchte den Schein der Feindseligkeit zu vermeiden und nahm dafür um so eifriger die Verhandlungen mit Frankreich, mit den Hugenotten und der Brüsseler Regierung auf, schwankend, wie es schien, an wen er sich verkaufen sollte. Indes ernster als alle diese Unterhandlungen war ihm gewiß eine vierte, die er noch daneben betrieb.

In den Tagen, da er auf dem Lothringer Boden stand,³⁾ hatte er Bevollmächtigte nach dem Haag geschickt, um auch den Staaten seine Armee anzubieten. Diese kamen in der Zeit, da Spinola, nachdem er im Januar die Festung Jülich der staatlichen Besatzung entrisen hatte, nunmehr (28. Juli) seine Hauptmacht zur Belagerung von Bergen-op-Zoom vereinigte, ohne daß Prinz Moriz sich zu einem nachdrücklichen Entsatze stark genug fühlte. Da waren

¹⁾ Wake an Buckingham, 1621 (1622) Febr. 23. (Cabala S. 362.) Dpel I S. 360. v. Zwiabineck, Politik Venedigs I S. 191 fg., 206 fg.

²⁾ Servir plus par diversion. (Gardiner IV S. 323 Anm. 2.)

³⁾ Diesen Zeitpunkt gibt Carleton, 1622 Aug. 29. (Roe S. 69.)

dem die Staaten bald bereit, nach eingeholter Zustimmung der Provinzen¹⁾ einen Vertrag abzuschließen, kraft dessen sie Mansfeld auf drei Monate in ihren Dienst nehmen wollten, mit einem Monatssold von 200 000 Gulden, zahlbar von dem Tag, da Mansfeld die kriegerischen Operationen gegen ihre Feinde beginnen werde. In der vierten Augustwoche²⁾ langte der Hauptmann Goldstein mit dieser Botschaft bei Mansfeld an, zu einer Zeit, da eben auch die Brüsseler Regierung die ihrerseits geführten Verhandlungen für ungefähr reif hielt, um zum Abschluß eines Kaufvertrages zu schreiten. Jetzt aber zeigte sich's wieder, welcher Partei Mansfeld den Vorzug gab; unmittelbar nach Empfang des staatlichen Anerbietens, am 25. August, brach er auf: von der Maas auf die Sambre, von dort nach Vinche im Hennegau, um in einem Zug von verzweifelter Kühnheit sich den Weg mitten durch die spanischen Niederlande zu erzwingen.

Am Abend des 28. August jedoch, als er an dem rechts abliegenden Dorf Fleurus vorbeiziehen wollte, fand er an seiner rechten Flanke einen der Sieger von Wimpfen und Höchst: es war Corduba, der mit seinen Feldtruppen von der Pfalz auf einer nördlicher auslaufenden Linie herbeigeeilt war und nun — Fleurus im Rücken, die Straße vor der Front — in Schlachtordnung stand. Mansfeld war dem Gegner an Reiterei weitaus — Corduba behauptet, dreifach³⁾ — überlegen, an Infanterie aber keineswegs gewachsen. Seine bisher befolgte Methode, entweder am Feind vorbeizuschlüpfen, oder seinen Angriff in starker Stellung abzuwarten, war diesmal nicht anzuwenden, und so wagte er am 29. August einen verzweifelten Ansturm. Das Ergebnis eines heißen, sechsstündigen Kampfes war, daß Corduba das Schlachtfeld behauptete, Mansfeld aber an seinem rechten Flügel durchbrach und den Marsch in nordöstlicher Richtung fortsetzen konnte, allerdings unter schweren Verlusten, die er teils in der Schlacht, teils durch die Verfolgung eines feindlichen Reitertrupps erlitt. Die Zahl der zerlumpten, zum guten Teil der Bagage und Waffen beraubten Truppen, die er Mitte September in Grave an der Maas auf staatlichem Boden versammelte, wird auf 4000 Reiter und 2000 Mann zu Fuß angegeben.⁴⁾ Gleichwohl war diese Mannschaft für den Prinzen Moriz von hohem Wert. Nachdem er für ihre Kleidung und Bewaffnung gesorgt, fügte er sie den Truppenkörpern ein, mit denen er endlich zum Entsatz von Bergen-op-Zoom aufbrach, um nun das Unternehmen in raschem Zuge durchzuführen. Am 4. Oktober mußte

¹⁾ An die Staaten von Holland kommt der Antrag am 30. Juli, zunächst in der Form, drei für den pfälzischen Kurfürsten bewilligte Monatssubsidien dem Mansfeld zu gewähren. (Resoluition der holländ. Staaten, 1622, S. 125, vgl. 130 n. 6.) Hierauf folgte ein Abkommen zwischen Prinz Moriz und Mansfeld über die drei Monatssolde zu je 200 000 Gulden, das am 2. Sept. den holländischen Staaten mitgeteilt wurde (a. a. D. S. 135).

²⁾ Am 5/15. August war er in Paris, über welche Stadt er seinen Weg nahm. (Capellen I S. 68. Daß Capellen hier nach altem Stil rechnet, ersieht man aus seinen Angaben über Dolbiers Ankunft in Holland [Abreise desselben von Mansfeld Aug. 14/24. Villermont II S. 415] und über die Schlacht von Fleurus, S. 69.)

³⁾ Cordubas Bericht in den Documentos inéditos LIV S. 307.

⁴⁾ Villermont II S. 108.

Spinola seine Belagerungsarmee zurückziehen und also den Feldzug ohne Ergebnis abschließen.

Auf solche Weise waren die Streitkräfte des gestürzten Böhmenkönigs von der Pfalz nach den Niederlanden verschlagen, und in ihrem Gefolge hatten auch die spanischen Truppen, mit Ausnahme der in den linksrheinischen Plätzen verbliebenen Besatzungen das Land geräumt. Meister in der Pfalz war jetzt Tilly, der sich alsbald ans Werk machte, die Unterwerfung des Landes durch Zwangung der drei ihm noch trotzen Hauptfestungen zu vollenden. Von dem wiedergewonnenen Ladenburg aus traf er seit dem 1. Juli die Vorbereitungen zur Belagerung Heidelbergs, die dann am 20. August nachdrücklich aufgenommen und am 16. September mit der Erstürmung der Stadt, am 19. mit der Kapitulation der ins Schloß zurückgezogenen Besatzung zu Ende geführt wurde. Schon einen Tag nach Abschluß dieser Kapitulation erschien das ligistische Heer vor Mannheim, und auch hier endete eine sechswöchentliche Belagerung damit, daß die von Horatio de Vere befehligte Besatzung sich am 2. November durch eine Kapitulation ehrenvollen Abzug erkaufte. Dann ging es auf Frankenthal. Aber da wurde der Erfolg der Belagerung nicht nur durch den eintretenden Winter, sondern auch durch neue Verhandlungen in Frage gestellt.

Als Tilly die ersten vorbereitenden Versuche zur Ueberwältigung Heidelbergs machte, ließ ein englischer Bevollmächtigter ihm sagen, daß die Garnison, welche die Stadt bewache, dem König von England gehöre.¹⁾ Der Angriff gegen dieselbe war also, ebenso wie die weiteren Unternehmungen gegen Mannheim und Frankenthal, eine unmittelbare Herausforderung des englischen Königs. Hiermit trat abermals die alte Frage hervor, ob nicht derartigen Herausforderungen gegenüber der König Jakob mit der so oft beteuerten Pflicht zur Verteidigung der Lande seines Schwiegersohnes Ernst machen werde. Es war eine Gefahr, vor der die Regierungen in Brüssel und Madrid nach ihrer ganzen bisherigen Politik stutzig werden mußten, und mit ihr hing es auch sichtlich zusammen, daß sich Corduba in jenen Tagen von der Armee Tillys wieder auf die linke Rheinseite zog, von wo er weiter jenen Marsch antrat, der ihn nach Fleurus führte. Aber Tilly, geleitet von den Weisungen Maximilians, durfte sich nicht schrecken lassen; den Schutz des Reichsächters gestand er den englischen Truppen ebensowenig zu, wie den Streitkräften Mansfelds.

Die nächste Folge dieses Konfliktes war nun, daß Jakob wieder in seine alten Schwankungen geriet. Auf der einen Seite neigte er, unter den üblichen Drohungen und Grobheiten, zum Eintritt in den Krieg; auf der anderen Seite verfolgte ihn die alte Vorstellung, daß er die herrschende Stellung, die er begehrte, am sichersten durch das spanische Bündnis, begründet auf dem Heiratsvertrag zwischen dem Prinzen von Wales und der Infantin Maria, erreichen werde. Auf der einen Seite verstärkte jeder Fortschritt der Waffen Tillys seine erbitterte Stimmung gegen den Kaiser und die Liga; auf der anderen Seite fand er sich gerade damals in einer Unterhandlung, welche seine Hoffnung, mit Spanien zu dem erstrebten Einvernehmen zu gelangen, aufs höchste steigerte.

¹⁾ Erwähnt in Chichesters Bericht, 1622 Juli 22. (Roe S. 72.)

In dem Schneckengang der spanisch-englischen Heiratsverhandlungen nämlich hatte die spanische Regierung, wenigstens scheinbar, einen wesentlichen Fortschritt bewirkt, als der Papst auf ihre Anregung (S. 117/118) im August des Jahres 1621 eine Kommission nieder setzte¹⁾ zur Prüfung der Artikel eines in England entworfenen Heiratsvertrags. Daraufhin und in der Hoffnung, sowohl die Heirat wie die pfälzische Angelegenheit in Madrid ins reine zu bringen, hatte Jakob in der Zeit, da die Brüsseler Verhandlungen begannen, einen außerordentlichen Gesandten nach Madrid abgehen lassen, jenen selben John Digby, der im Jahr vorher am kaiserlichen Hofe so wenig Glück gehabt hatte (S. 150). Der aber, wie er im Juli 1622 seine Unterhandlung begann, erfüllte sich alsbald mit den besten Hoffnungen: erst, meinte er, wird man über die Heirat sich einigen, dann wird durch das Machtgebot der vereinigten Könige von England und Spanien die pfälzische Sache — natürlich im Sinne der Restitution Friedrichs V. — geordnet werden.²⁾

Diese hoffnungsfrohe Stimmung Digbys teilte sich seinem Könige mit, und sie war es nun, welche bei seinem Schwanken zwischen Krieg und Frieden doch wieder für den Frieden und gütliche Auseinandersetzung entschied.³⁾ Wenn demnächst England und Spanien den Deutschen ihren Willen auferlegen sollten, warum einer so schönen Entwicklung durch übereilte Gewaltmaßregeln vorgreifen? In diesem Sinne bestand die Antwort Jakobs auf die Kriegsführung Tillys am Ende darin, daß er die in Brüssel abgebrochenen Waffenstillstandsverhandlungen in London mit dem spanischen Gesandten wieder aufnahm, wobei der Vorschlag gemacht wurde, daß die damals noch Widerstand leistenden Festungen Mannheim und Frankenthal, statt im Namen des Kaisers erobert zu werden, im Namen der Brüsseler Regierung in Sequester, bis auf einen demnächstigen Austrag der ganzen pfälzischen Sache, genommen werden sollten.⁴⁾ Als dieser Vorschlag durch die Ergebung Mannheims überholt wurde, erneuerte die englische Regierung ihn in Bezug auf Frankenthal,⁵⁾ und hinsichtlich dieses einen Platzes kam denn auch am 29. März 1623 zwischen England einerseits, der Madrider und Brüsseler Regierung anderseits ein Vertrag zu stande, kraft dessen die Stadt der Regentin der spanischen Niederlande übergeben wurde, mit der Bedingung der Rückgabe an eine englische Besatzung, wenn nicht in achtzehn

¹⁾ Gardiner IV S. 350.

²⁾ Berichte vom 10. Juli bis 19. August bei Gardiner IV S. 334—336.

³⁾ Die Krisis fällt in die Tage des 13. und 14. Oktobers: am 13. das kriegsdrohende Schreiben Jakobs an den zum Lord Bristol erhobenen Digby (Cabala S. 238), am 14. die Abschwächung desselben (Gardiner IV, 374).

⁴⁾ Der Vorschlag von der Infantin Isabella am 30. Okt. 1622 an Dñate berichtet. (Häberlin-Sentenberg XXV S. 195.) Vgl. Isabella an Philipp IV., 1622 Nov. 8, nebst Beilagen. (Brüsseler St. A. Secrét. d'Espagne n. 13.) Nach Carleton (an Roe, 1622 Dez. 9, Roe, Negotiations S. 106) kam der Vorschlag vom spanischen Gesandten. — Gleichzeitig Vorschlag, dem pfälzischen Kurfürsten während der Friedensverhandlungen die Residenz in Heidelberg zu verstaten.

⁵⁾ Philipp IV. an Isabella, 1623 Febr. 11. Isabella an Philipp, 1623 März 7. (Brüsseler St. A. Secrét. d'Esp. n. 14.)

Monaten ein Ausöhnungsvertrag zwischen dem Kaiser und dem pfälzischen Kurfürsten zu stande komme.

Infolge dieses Vertrages zog eine spanische Besatzung in Frankenthal ein, und von nun an war die gesamte Rheinpfalz den Verbündeten des Kaisers unterworfen, die rechtsrheinische dem bairischen, die linksrheinische dem Brüsseler Bundesgenossen. Wie die Unterwerfung der böhmischen Lande mit Ablauf des Jahres 1621 entschieden war (S. 150), so wies der Ausgang des Jahres 1622 auf das Ende der Herrschaft Friedrichs V. in seinen Erblanden hin. Und der Anfang dieses selben Jahres hatte auch außerhalb des deutschen Reiches dem Kaiser einen letzten Erfolg über die Empörung seiner Lande gebracht, nämlich die Herstellung seiner Herrschaft in Ungarn. Nicht freilich, daß Bethlen den Waffen des Kaisers unterlegen wäre, wie Friedrich V. Der Krieg in Ungarn wurde vielmehr während des ganzen Jahres 1621 (S. 139) mit wechselndem Glücke geführt, und daß dabei der General Buquoy sein Leben einbüßte (10. Juli), war für die kaiserliche Armee ein unersehlicher Verlust. Allein Bethlen Gabor war von der Ueberzeugung durchdrungen, daß er nur dann den Kampf mit dem Hause Oesterreich durchführen und die Parteiungen des ungarischen Adels überwältigen konnte, wenn ihm eine starke Verbindung antiösterreichischer Mächte zur Seite stand; und wie er nun diese Voraussetzung im Lauf des Jahres 1621 mehr und mehr dahin schwinden sah, richtete er sein Bestreben auf einen Ausgleich mit dem Kaiser, natürlich mit dem bei ihm selbstverständlichen Vorbehalt, denselben zu brechen, sobald eine neue Koalition gegen die österreichische Macht in die Waffen trete. Auch von kaiserlicher Seite empfand man den ungarischen Krieg als eine unerträgliche Last, deren man sich um den Preis ähnlicher und selbst größerer Zugeständnisse zu entledigen bereit war, wie sie einst Bocskay gemacht waren (II S. 185). Und so kam denn nach langwierigen Verhandlungen im Januar 1622 zu Nikolsburg in Mähren zwischen dem Kaiser einerseits und Bethlen und den ungarischen Ständen anderseits ein Friedensvertrag zu stande. Der Preis, den Ferdinand hier für die Rückkehr Ungarns unter seine Herrschaft zahlen mußte, war: für die Ungarn die Amnestie und die Bestätigung aller bei seiner Wahl und Krönung ihnen zugesprochenen Rechte, für Bethlen die Abtretung der schlesischen Herzogtümer Oppeln und Ratibor und die lebenslängliche Ueberweisung von sieben ungarischen Komitaten. Gewiß ein hoher Preis, um so höher, da Bethlen im Grunde seines Herzens mit dem Kaiser ebensowenig Friede machte, wie die flüchtigen böhmischen Rebellen und der seiner Lande beraubte pfälzische Kurfürst. Indes ein großer Erfolg war es bei alledem, daß, als das Jahr 1622 zu Ende ging, Bethlen dem Kaiser gewichen, und im Reich, in den böhmischen und österreichischen Landen die Feinde des Kaisers zu Boden geschlagen waren. Ferdinand fühlte sich denn auch stark genug, um alsbald im Reich, wie in seinen Erblanden zu Neuordnungen zu schreiten, durch welche die Erfolge der Waffen befestigt werden sollten.

Diese Neuordnungen, wie sie bereits in dem jetzt beendeten ersten Abschnitt des Krieges begonnen waren und in dem zweiten Abschnitt desselben fortgingen, nehmen unsere nächste Aufmerksamkeit in Anspruch. Vorher nur haben wir noch eines aus dem durchmessenen Zeitraum nachzutragen: nämlich eine Reihe

von Veränderungen, die inzwischen der Tod in den Kreisen der führenden Männer bewirkt hatte.

In Spanien war am 31. März 1621 Philipp III. gestorben. Die Nachfolge seines Sohnes Philipp IV. bedeutete keinen Umschwung in der innern und auswärtigen Politik, auch darin nicht, daß die Leitung der Regierung von einem allmächtigen Günstling ausging, nur daß der jetzt neu emporsteigende Günstling — es war der Graf Olivares — die Geschäfte des Staates im Vergleich mit der Zerfahrenheit der letzten Jahre doch um einen Grad würdiger und fester zu führen wußte. — Eine ähnliche Veränderung, die sich auf die Person beschränkte, ohne den vorgezeichneten Gang der Politik zu unterbrechen, erfolgte in den Niederlanden durch den am 12. Juli 1621 eingetretenen Tod des Erzherzogs Albert. In Deutschland fiel dadurch, wie schon vorher die Verwaltung (S. 23), so jetzt die volle Herrschaft über das Erzherzogtum Oesterreich ober und unter der Enns an Kaiser Ferdinand, in den Niederlanden folgte dem Verstorbenen seine Witwe Isabella, eine Regentin, die etwas von der Unbeugsamkeit der Grundsätze und der stillen und gesammelten Arbeitskraft ihres Vaters, Philipps II., geerbt hatte, aber freilich insofern auch den Niederländern eine düstre Zukunft eröffnete, als das Land nach ihrem Tod, da ihre Ehe kinderlos geblieben war, in aller Form wieder spanische Provinz werden mußte. — Endlich ein dritter Wechsel der Herrscher ging in demselben Jahr am Sitze des Papsttums vor sich: am 9. Februar 1621 wurde nach dem Ende der beinahe sechzehnjährigen Regierung Pauls V. Papst Gregor XV. gewählt. Er selber war ein alter und welker Mann; aber wie sein Nepot Ludovisi das Feuer und die Zuversicht der Jugend in die überkommene Politik hineintrug, so stellte sich hier eine Kräftigung der Politik ein, deren Rückwirkung man auch in Deutschland alsbald empfinden sollte.